

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, I.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz.
Redaktionsschluß: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Zur gefl. Beachtung.

Alle den **Verband betreffenden Angelegenheiten** (Mitteilungen über Differenzen, Lohnbewegungen, Sperrn und Streiks sowie Adressenänderungen usw.) sind zu richten an **Otto Sillier**.

Alle **Kassenangelegenheiten** an **Wilhelm Brall**.

Alle den **Senefelder-Bund in Liquidation betreffenden Fragen** an **Paul Lange**.

Adresse für die drei Genannten:
Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, I.

Alle für den **Ausschuß** bestimmten **Beschwerden** und sonstigen **Schriften** sind zu adressieren an **Richard Hickmann**, Dresden, Rubenauerstr. 25.

Alle **Artikel**, Korrespondenzen, **Versammlungs-Berichte**, Tauschexemplare sind einzusenden an die **Redaktion**:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastr. 8.

Alle **Annoncen**, Aenderungen und Reklamationen über die Zustellung der Graphischen Presse nimmt entgegen die **Expedition**:

Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastr. 8.

Alle **Beschwerden** über Redaktion und Inhalt der Graphischen Presse sind stets unter näherer Begründung zu überweisen an die **Preßkommission**, z. H. **Artur Haring**, L.-Anger, Roßbachstr. 3 III. Der Hauptvorstand.

Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den **Verlust der Mitgliedschaft** nach sich.

Für Lithographen, Steindrucker usw.:

Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann.
Angerer (für Kupferdrucker).

Köln a. Rh. Witte & Co.

Itzehoe. Martin Koop (für Formst.).

Kötzschenbroda bei Dresden. Robert Mittelbach, Kunstanstalt Globus (für alle Berufsgruppen).

Langenhagen b. Hannover. Norddeutsche Tapetenfabrik, Inh. Hölischer & Breimer (für Tapetendrucker).

Lichtenberg (Oberfranken).

Für Chemigraphen:

Berlin.

Chemnitz. A. Jülich; Köhler & Richter.

Dresden. Mittelbach; C. Schemmel; Stengel & Co.; Mejo & Markert.

Erfurt. Ohlenrot'sche Buchdruckerei.

Hamburg. Nelles & Komp.

Leipzig. Mejo & Springer; C. Wittstock.

Stuttgart. Gebr. Rößle; Aug. Krämer.

Im Ausland:

Belgien. Firma La Lithographie Artistique, Desecleé De Brouwer Cie, Brüges.

Dänemark. Kopenhagen (Kupferdr.). A. Jakobsen-Kopenhagen (Chem.).

Holland. Krommenie: Verwers Metaal-drukery (Lithogr. und Steindr.).

Norwegen. Stavanger. (Lith. u. Stdr.).

Oesterreich. Lemberg.

Krakau. Firma Zorza.

Prag-Lieben. M. Grab Söhne, Wachs-tuch- und Linoleumdruckerei.

Rußland. Grodno: Vor Stellung-nahme Erkundigung einzuziehen bei H. Leopold, Steffin, Heinrichstr. 41, II.

Schweiz, für Chemigraphen wegen Ein- und Durchführung des Tarifs.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Unrichtige Wertungen und falsche Schlüsse. Rundschau. Politische Monatsschau. Aus den Berichten der Gewerkspektoren, II. Zum Maifeierbeschluß des Metallarbeiterverbandes. Adressenänderungen. — **Allgemeines:** Festen Lohn vorher schriftlich ausmachen. Brief aus Nürnberg. Ortsberichte: Dessau, Kiel. — **Der Lithograph:** Zum «Künstlerstix» der Lithographen. — **Der Steindrucker:** Raub-bau. — **Die photomech. Fächer:** Aus den Sektionen: Berlin (Lichtdr.). — **Photogr. Mitarbeiter:** Die Photographen-Gehilfen-Konferenz. Aus den Sektionen: Berlin (Porträphotogr.), Berlin (Printer u. Printenmal). — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Hannover. **Feuilleton:** Der Erfahrungskreis der Tiere. — **Anzeigen.**

Unrichtige Wertungen und falsche Schlüsse.

Die »Neue Zeit« vom 16. Juli 1909 enthält einen Artikel über »Gewerkschaften und revolutionäre Entwicklung«, in welchem gegen die Ausführungen des »Korrespondenzblatts« der Generalkommission über die Kautskysche Broschüre »Der Weg zur Macht« polemisiert wird. Wir würden nicht darauf eingehen, wenn nicht unsere Organisation zum Beweise dafür herangezogen würde, daß die Macht stark zentralisierter Unternehmerverbände die Macht der Gewerkschaften weitgehend paralyse.

Unter Bezugnahme auf unsere Bewegung im Jahre 1906 wird ausgeführt, daß infolge des Eingreifens des Schutzverbandes der Steindruckerunternehmer das Ergebnis des schweren Kampfes stark beeinträchtigt worden sei, trotzdem das Jahr 1906 »zweifellos ein Jahr höchster wirtschaftlicher Konjunktur war«, Streikbrecher sich in kaum nennenswerter Anzahl gefunden hätten, Aufträge bei allen Firmen stark vorhanden gewesen wären, die Organisation 80 bis 90 Prozent der in Frage kommenden Arbeiter umfaßt sowie gut funktionierende Unterstützungs-einrichtungen aufzuweisen gehabt hätte und

die Stimmung unter den Kämpfenden vorzüglich gewesen sei. Aber die Unternehmer hätten trotz ihrer jungen Organisation und ungeachtet der für die Gehilfen äußerst günstigen Sachlage die Bewegung bis zum Ende festgeschlossen durchgeführt und dadurch habe der Kampf für die Gehilfen mit einem Mißerfolg geendet. Die Schlußfolgerung lautet: »Trotz all dieser Machtmittel ist sie (die Arbeiterorganisation) aber den organisierten Unternehmern so gut wie ausgeliefert.«

Diese Schlußfolgerung ist so falsch und unzutreffend, daß sie nicht unwidersprochen bleiben darf. Wie steht es mit dem »Mißerfolg«, den unsere Gewerkschaft bei der Bewegung von 1906 erlitten haben soll? Vergegenwärtigen wir uns in kurzen Zügen die Ergebnisse jenes Kampfes.

Die in unserem Verband organisierte Arbeiterschaft ging in 114 Fällen mit 1821 Beteiligten aggressiv gegen das Unternehmertum vor, zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. In 98 Fällen mit 1439 Beteiligten endete die Bewegung ohne Arbeitseinstellung mit einem vollen Erfolg, während es in 10 Fällen mit 382 Beteiligten zum Streik kam. Hierauf sperrte das Unternehmertum in 38 Fällen 4058 Arbeiter aus, um die Streikenden niederzuringen, die Organisation zu vernichten, die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit zu erzwingen, dadurch alle Erfolge für die Gehilfen unmöglich zu machen und den Weg zu ebnen zu weiteren, maßlosen Verschlechterungen der Berufsverhältnisse. Der Gehilfenschaft gelang aber die vollständige Zurückweisung dieses Angriffs. Der Unternehmerorganisation war die Durchführung ihrer Absichten vollständig unmöglich. Aber außerdem zwang auch der Arbeiterverband den Verband der Unternehmer zu weitgehenden Zugeständnissen, und zwar nicht nur für die gehilfenseitigen Angreifer, die Streikenden, sondern auch für die durch die Unternehmer Angegriffenen, die Ausgesperrten. Die den Unternehmern abgerungenen Zugeständnisse kamen also einem mehrfach größeren

Kreis von Personen zu Gute, wie an den Erfolgen der Streikbewegung teilgenommen haben würden, wenn die Aussperrung nicht stattgefunden hätte. Gerade der durch die Aussperrung unternommene Angriff des Unternehmertums gegen die Gehilfenschaft machte also die Niederlage des ersteren bedeutend schwerer und erweiterte den Erfolg der letzteren dementsprechend viel mehr, als wenn sich das Unternehmertum auf die bloße Abwehr der Angriffe der Gehilfenschaft in den 16 Streikfällen mit den 382 Beteiligten beschränkt hätte. In diesem Falle wären eben die Erfolge des Gehilfenangriffs nur den 382 direkt Beteiligten zu Gute gekommen, während sie durch den verunglückten Gegenangriff der Unternehmer einer zehnfach größeren Zahl zu Gute kamen. So sieht also der »Mißerfolg« unserer Organisation im Kampfjahr 1906 tatsächlich aus!

Wie kommt aber der Artikelschreiber der »Neuen Zeit« angesichts dieser Sachlage zu der Schlußfolgerung, daß unser Verband 1906 einen Mißerfolg erlitten habe? Hören wir ihn selbst! Er schreibt:

Im Gesamtdurchschnitt aller Gewerkschaften wurde erreicht pro Kopf aller an den Lohnbewegungen (auch denen ohne Arbeitseinstellung) Beteiligten 1,38 Mark Lohnerhöhung und rund 1 2/3 Stunden Arbeitszeitverkürzung. Demgegenüber steht der Lithographenverband mit einem Lohngewinn von insgesamt 12,40 Mark pro Woche (das ist offenbar ein Druckfehler; es muß heißen 1240 Mark. D. Red. der »Gr. Pr.«) und einem Gewinn an Arbeitszeit von 3317 Stunden ebenfalls pro Woche. Dies ergibt im Durchschnitt aller Beteiligten 0,21 Mark Lohnerhöhung und 0,56 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Kopf und Woche. Ein gewiß sehr dürftiges Resultat im Verhältnis zu den gemachten Anstrengungen! Nur 6 Gewerkschaften hatten weniger an Lohnerhöhungen und 13 weniger an Arbeitszeitverkürzung zu verzeichnen als der Lithographenverband.

Die Zahlen, die den »Statistischen Beilagen« No. 4 und 5 des »Korrespondenzblattes« entnommen wurden, sind richtig. Aber der Verfasser läßt vollständig außer Betracht, daß sie die Ergebnisse der kampflosen Lohnbewegungen, der Streiks und der Aussperrungen umfassen.

Letztere sind aber eben Angriffsbewegungen der Unternehmer. Ihre Ergebnisse für die Arbeiter werden daher in den meisten Fällen bedeutend hinter denen der Angriffsbewegungen der Gewerkschaften zurückbleiben, wenn es überhaupt nicht unmöglich ist, durch den Widerstand gegen den Unternehmerangriff noch Erfolge für die Angegriffenen zu erringen. Denn dieser Angriff wird ja eben nur geführt, die Aussperrung wird nur verhängt, um den Arbeitern Erfolge für die Unternehmer abzurufen, d. h. die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Wenn diese Bemühungen nur in seltenen Fällen zum Ziele führen und wenn sie sogar, wie es bei der Aussperrung in unserem Gewerbe 1906 war, zur Erringung von Vorteilen für die Arbeiter, also zum Gegenteil des beabsichtigten Effekts und damit zu einer glatten Niederlage der Unternehmer beitragen, so ist diese Tatsache eben alles andere als ein Beweis für die Machtlosigkeit der Gewerkschaften gegenüber den Unternehmerorganisationen.

Nun waren von den an den Bewegungen unseres Verbandes im Jahre 1906 insgesamt beteiligten 5879 Personen allein 4058 ausgesperrt. D. h. also mehr als doppelt soviel Personen wurden von dem Angriff der Unternehmer betroffen, wie angreifend gegen die Unternehmer vorgegangen sind. Wenn also auch die Angriffsbewegung der Gewerkschaft von vollem und glänzendem Erfolge gewesen wäre, so müßte doch das Gesamtergebnis der Angriffs- und der Abwehrbewegung in demselben Maße beeinträchtigt werden, wie die Zahl der von der Aussperrung Betroffenen die Zahl der an den Angriffsbewegungen Beteiligten überstieg.

In der Gesamtheit aller übrigen Gewerkschaften war das Verhältnis der Zahl aller an kampfbewegungen und Streiks Beteiligten zur Zahl der von den Aussperrungen Betroffenen direkt entgegengesetzt. Hier kommen nämlich von den 937, 252 an allen Bewegungen Beteiligten allein 847, 954 auf die kampfbewegungen und Streiks und nur 89, 298 auf die Aussperrungen. Demnach wurden im Allgemeinen, abgesehen von unserem Verband, nur etwas mehr als ein Zehntel soviel Personen von einem Angriff der Unternehmer betroffen, wie angreifend gegen die Unternehmer vorgegangen sind.

Stellen wir also gegenüber: In unserem Verband war das Verhältnis der Zahl aller an kampfbewegungen und Streiks Beteiligten zu der der Aussperrten rund gerechnet wie 1:2 oder 10:20, in allen anderen Verbänden durchschnittlich aber wie 10:1. Sie hatten also Aussicht auf einen ca. 20 mal günstigeren Erfolg wie unsere Organisation. Trotzdem wurde im Allgemeinen nur 6 bis 7 mal soviel an Lohnerhöhung und nur 2 bis 3 mal soviel an Arbeitszeitverkürzung für jeden an allen Bewegungen, einschließlich der Aussperrungen, Beteiligten erreicht wie bei uns. Unsere Organisation hat also trotz der bei weitem schlechteren Aussichten für den Erfolg aller Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen nicht nur nicht schlechter, sondern verhältnismäßig noch bedeutend besser abgeschnitten wie die Gewerkschaften im allgemeinen, und zwar dank der guten Einrichtungen unseres Verbandes und trotz der zwar »jungen« aber »festgeschlossenen« Unternehmerorganisation.

Wenn man die Bewegung von 1906 von diesen Gesichtspunkten aus wertet, so wird man zu wesentlich anderen Schlüssen kommen, wie der Verfasser des Artikels in der neuen Zeit. Gerade unsere Organisation ist das ungeeignetste Beispiel für die Behauptung, daß die Gewerkschaften trotz aller Machtmittel den »organisierten Unternehmern so gut wie ausgeliefert« sind. Wir unterschätzen die Macht der Unternehmervverbände keineswegs, aber wir haben auch keinen Anlaß zu ihrer Überschätzung. Unsere Bewegung von 1906 hat gezeigt, daß eine gute, festgefügte Arbeiterorganisation trotz des Unternehmervverbandes tatkräftig für die Hebung der Arbeiterlage wirken kann, ja daß

die Erfolge gerade infolge des aggressiven Vorgehens der Unternehmerorganisation, daß den hartnäckigsten Widerstand der Gewerkschaft auslöst, auf einen weit größeren Kreis ausgedehnt werden können, wie ohne den Gegenangriff der Unternehmer. Wenn sich die Gewerkschaften allzeit kampfbereit und schlagfertig halten, wird es ihnen trotz aller Unternehmervverbände auch in Zukunft möglich sein, die Lebenslage der Arbeiterklasse tatkräftig zu heben.

Wenn aber der Verfasser des Artikels in der »Neuen Zeit« schreibt: »Selbst wenn die gewerkschaftlichen Kräfte noch zulangen, Positives zu erreichen, wird dies nicht höher sein als der Mehrbedarf, verursacht durch die gestiegenen Lebensmittelpreise,« so sei er daran erinnert, daß er selbst an anderer Stelle seines Artikels die Feststellung des »Korrespondenzblatts«, den Gewerkschaften könne die Verantwortung für die Handelspolitik des Reiches zugeschoben werden, mit den Worten: »Sehr richtig!« begleitet. Es erkennt also an, daß nicht die »Ohnmacht« der Gewerkschaften Schuld ist, wenn das von ihnen Errungene den Arbeitern wieder in Form von verteuerten Lebensmittelpreisen usw. wieder genommen wird. Das liegt an der Ohnmacht der politischen Arbeiterbewegung die den Zoll- und Steuerrabzug auf die Taschen der Arbeiter nicht zu verhindern und damit die Ursachen der Teuerung nicht zu beseitigen vermochte! Die Gewerkschaften haben ihre Aufgaben erfüllt und sie werden sie auch in Zukunft erfüllen. Aber durch die Stärkung der politischen Arbeiterbewegung muß jeder Arbeiter dahin wirken, daß ihm das, was er durch seine gewerkschaftliche Organisation errungen hat und erringen wird, durch die Ohnmacht der politischen Arbeiterbewegung nicht wieder genommen wird. Daher ist es unbedingt notwendig für jeden Gewerkschafter und seine unabwiesbare Pflicht, auch im politischen Leben seinen Mann zu stehen und durch seinen Beitritt zur politischen Arbeiterorganisation auch die politische Macht der Arbeiterklasse zu stärken und zu vergrößern.

Rundschau.

Ueber die Schädigung der deutschen Ansichtskartenindustrie durch den neuen amerikanischen Zolltarif wurden der »New-Yorker Handels-Zeitung von einem Importeur folgende Mitteilungen gemacht: »Für die deutschen Fabrikanten, welche dem amerikanischen Markt in den letzten Jahren enorme Quantitäten von Ansichtspostkarten geliefert haben, liegt die Aussicht herzlich schlecht. An die Stelle der bisherigen Zollrate von 5 Cents pro Pfd. soll nun eine solche von 15 Cents Plus 25 Proz. ad valorem (nach dem Wert) treten, und sofern sich nicht noch irgend etwas Unvorhergesehenes ereignet, scheint es ziemlich sicher zu sein, daß dieser enorme Zollaufschlag in Kraft treten wird. Das würde natürlich den Ausschluß der hier große Popularität genießenden deutschen Ansichtspostkarten, abgesehen von feinerer Ware, bedeuten und damit schweren Verlust für die deutschen Fabrikanten, welche das Geschäft aufgebaut und dazu kostspielige Einrichtungen getroffen haben. Bereits hört man, daß von der Seite geplant wird, die Fabrikation und die Maschineneinrichtungen nach hier zu verlegen, um von dem hiesigen hohen Zollschutz selbst Nutzen zu ziehen. Anstatt daß somit die einheimischen Fabrikanten durch die übermäßige Zollerhöhung, die sie anscheinend durchgesetzt haben, die Ausland-Konkurrenz ausschließen, steht ihnen vermehrte Konkurrenz bevor. Des weiteren hört man, daß die hiesigen Fabrikanten beabsichtigen, den Zollaufschlag zu einer erheblichen Preiserhöhung zu benutzen, was dann auch den nach hier zu verlegenden deutschen Fabrikbetrieben zugute kommen würde. Ebenso sicher läßt sich jedoch annehmen, daß dann die hiesigen Arbeiter mit höheren Lohnforderungen hervortreten und, falls mit denselben nicht erfolgreich, Streiks inszenieren werden. Es scheint daher fraglich, ob die amerikanischen Fabrikanten mit ihrer Agitation gegen die Ausland-Konkurrenz schließlich viel gewinnen werden.«

Ein Preisausschreiben zur Erlangung künstlerischer wertvoller photographischer Aufnahmen menschlicher Körperschönheit hat die bekannte Monatschrift »Die Schönheit« auch in diesem Sommer erlassen und Preise von 300 Mk., 200 Mk., 100 Mk. usw. für die besten Einsendungen dieser Art ausgesetzt. »Der ernste, künstlerische, gesundheitliche und sittliche Zweck«, heißt es in dem Preisausschreiben u. a., »macht es wünschenswert, daß sich aus gebildeten Familienkreisen natürlich denkende, normal gewachsene Frauen, die durch das

Korsett nicht entstellend sind, Männer, Jünglinge und Kinder bei unbefangenen Aufenthalt im Bade, im Garten, in Wald und Feld zur Verfügung stellen und die Verwendung von Berufsmodellen nur soweit in Betracht kommt, als es sich um sittlich einwandfreie Personen mit edel-vornehmen Gesichtsausdruck handelt. Von Freilichtaufnahmen, wie sie bei den jetzt von allen Ärzten dringend empfohlenen Sonnen- und Luftbädern leicht gemacht werden können, verspricht sich die Schönheit nach einer siebenjährigen Erfahrung den meisten Erfolg und die künstlerisch ausgestatteten reichhaltigen Hefte, deren jedes zahlreiche derartige Aktaufnahmen in der Natur enthält, bestätigen diesen Rat. Die Einsendung der Bilder muß spätestens bis zum 31. Oktober d. J. erfolgen, die näheren Bedingungen sind aus den letzten Schönheitsheften d. ese Jahrgangs (Preis 90 Pf., halbjährlich 5 Mk.) zu ersehen.

Der Zuzug von Tabak- und Zigarrenarbeitern nach Deutschland ist, wie der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes bekannt gibt, streng fernzuhalten. Zur Begründung dieser Maßnahme wird zutreffend hervorgehoben: »Der Deutsche Reichstag hat in dritter Lesung und damit definitiv beschlossen, den Tabak noch höher als bisher zu belasten, und zwar in Höhe eines 40prozentigen Wertzollens. Dieser Beschluß tritt mit dem 15. Aug. 1909 in Kraft. Diese steuerpolitische Maßnahme führt mit Sicherheit zu einem bedeutenden Konsumrückgang an Tabakfabrikaten und damit zu einer großen Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe.«

Der Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter, der am 1. Juni ins Leben trat, ist bei seiner Agitation in der Hauptsache auf die Mitarbeit der organisierten Arbeiter in den kleineren ländlichen Orten und auf den Gutsböden angewiesen. Die Organisationsarbeit des neuen Verbandes kommt der gesamten Arbeiterbewegung zugute; deshalb ersuchen wir die Kollegen, welche in Zahlstellen oder als Einzelmitglieder in solchen ländlichen Gebieten arbeiten, die für den Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter in Frage kommen, sich an der Agitation lebhaft zu beteiligen. Man wende sich brieflich an den Vorstandsvorstand Georg Schmidt, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1, 2. Et.

Ein Arbeiter-Samariterbund wurde, wie wir einem uns zugesandten Flugblatt entnehmen, in Deutschland ins Leben gerufen. Diese neueste Gründung ist wie so manche andere Separierung der freien denkenden Arbeiterschaft innerhalb des allgemeinen Volkslebens nur das Produkt fanatischer Unduldsamkeit in den sogenannten »vaterländischen« und »patriotischen« Verbänden, in diesem Falle speziell derjenigen der Sanitätsverbände. Leider hat auch bei diesen Korporationen die Erfahrung gelehrt, daß nicht Wissen und Können, Mannesmut und offener, freimütiger Charakter in der Hauptsache den brauchbaren Menschen ausmachen, sondern widerliche Byzantinerei, Servilismus und Gedankenabstinenz in jeder Form. Und so sehr man es auf der einen Seite auch bedauern mag, daß der Kernpunkt der eigentlichen ideellen und prinzipiellen Aufgaben der Arbeiterschaft durch derartige neue Nebengebilde mehr oder weniger beeinträchtigt wird, so bleibt andererseits doch nichts anderes übrig, als mit einer aus den schwierigen Zeitverhältnissen der Gegenwart herausgewachsenen Notwendigkeit zur Gründung solcher Vereinigungen sich abzufinden. Im vorliegenden Falle dürfte dies um so weniger schwer fallen, als Ziel und Zweck des neuen Samariterbundes in sehr wesentlichem Umfang auch der Arbeiterschaft selbst in Werkstatt und Öffentlichkeit zugute kommen dürfte.

Eine Heimarbeitsausstellung wird vom Sozialwissenschaftlichen Verein in Nürnberg vorbereitet. Sie soll sich auf die Spielwarenindustrie erstrecken, und zwar kommen in Betracht alle Arten von Spielwaren aus Metall, Holz, Pappe, Gummi, Zelluloid, Wolle usw., sowie alle Galanteriewaren (Luxus- und Geschenkgegenstände, Bleistifte usw.), die in Heimarbeit hergestellt werden. Die Vorbereitungen zur Ausstellung werden vom Gewerkschaftskartell gefördert, das zunächst bemüht ist, mit Hilfe der Gewerkschaftsmitglieder die Adressen der Heimarbeiter festzustellen.

Die schweizerische Heimarbeitsausstellung wurde am 15. Juli in Zürich in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Arbeiterorganisationen, insbesondere der Zentralvorstände der Gewerkschaftsverbände, sowie mehrerer Kantonsregierungen und städtischer Behörden eröffnet. Die Eröffnungsgrede hielt unser Genosse Lang, der Präsident des Schweizerischen Arbeiterbundes. Aus seinen Ausführungen sei namentlich die Betonung der Schwierigkeiten für die Beschaffung der Ausstellungsgegenstände erwähnt. Unternehmer scheuten sich sogar nicht, ihre Heimarbeiter mit strafrechtlicher Verfolgung für den Fall zu bedrohen, als sie an der Heimarbeitsausstellung mitwirken sollten. Die maßregelnde Entlassung ist in dieser Drohung selbstverständlich ebenfalls enthalten. Und solche kapitalistische Terroristen erdreisten sich dann, von »sozialdemokratischem Terrorismus« zu schwindeln. Die Heimarbeitsausstellung selbst bietet eine reichhaltige, nach Industrien geordnete Sammlung, die wie ihre Vorgängerinnen in Berlin, Frankfurt a. M., London usw. ein ergreifendes Bild des Heimarbeiterelends vorführt. Die Ausstellung wird sehr wirksam vervollständigt durch die Vorführung von Arbeitsstätten der Heimarbeiter, in denen Weber,

Schneider und Schneiderin, Schuhmacher, Schnitzler, Bürstenbinder, Korbmacher, Zigarrenmacher, Stroharbeiterin, Stickerarbeiten schaffen und die in den meisten Fällen auch die Wohnräume und Küche sind. Graphisch-statistische Tabellen und zahlreiche Photographien von Heimarbeitsstätten zieren die Wände zu weiterer Aufklärung und Information. Auf jeden Fall wird diese Ausstellung wieder ein Stück bürgerlich-kapitalistischer Illusionen zerstören und nüchterne kritische Aufklärung über das verbreiten, was wirklich ist.

Eine Reihe von Gesetzesvorlagen sind durch den Schluß des Reichstages in der Versenkung verschwunden, und zwar nach einer amtlichen Uebersicht: das Hilfskassengesetz, das Arbeitskammergesetz, der Entwurf betreffend Maßnahmen gegen den Rückgang des Ertrages der Maischottsteuer, der Entwurf betreffend Änderung des Strafgesetzbuchs, die Strafprozeßordnung, die Fernsprechgührenordnung, der Entwurf betreffend die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit, die Gewerbeordnungs-novelle, zwei Nachtragsetats zum Etat für 1909, eine Reihe von Wahlprüfungen, Petitionsberichte und über 150 Initiativanträge, von denen 120 älter als 28 Monate waren.

Der Präsident der vereinigten Gewerkschaften Amerikas, der American Federation of Labor, Samuel Gompers, bereist gegenwärtig Europa. So war er in England, wo er an einigen Tagungen gewerkschaftlicher Organisationen teilnahm, in Holland, Belgien und Frankreich. Jetzt weilt er in Deutschland, von wo er später nach Oesterreich und dann nach Paris gehen wird, um an der internationalen Gewerkschaftskonferenz teilzunehmen. Der Zweck der Reise ist eine Annäherung resp. ein Anschluß der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung an das internationale Gewerkschaftssekretariat.

Die Aussparungen in Schweden, von denen bisher 13000 Arbeiter betroffen wurden, haben inzwischen weitere Ausdehnung angenommen. Die Zahl der ausgesparten Arbeiter beträgt 40–50000. Das Landessekretariat der Fachvereine teilte nun dem Arbeitgebervereine mit, daß beschlossen worden sei, an die Mitglieder sämtlicher Landesorganisationen eine Proklamation zu senden, in der zur Arbeitsniederlegung im ganzen Land ab 4. August aufgefordert wird. Die Arbeiter ziehen es also vor, in den Generalstreik einzutreten, statt sich sukzessive von den Unternehmern aussperren und aufs Pflaster werfen zu lassen. Wenn das Unternehmertum nicht noch rechtzeitig zur Besinnung kommt, werden vom 4. August ab 200000 bis 300000 schwedische Arbeiter im Kampfe stehen. Die Unterstützung der Arbeiter aller Länder ist ihnen sicher!

Die englischen Gewerkschaften zeigen augenblicklich eine deutliche Aufwärtsbewegung. Einem kürzlich erschienenen amtlichen Bericht über die Gewerkschaften sind folgende Angaben entnommen. Ende 1907 betrug die Gesamtzahl der englischen Gewerkschafter 2406746, über eine halbe Million mehr als Ende 1904, prozentual der stärkste Fortschritt, der je innerhalb einer dreijährigen Periode zu verzeichnen war. Auch die weiblichen Gewerkschafter weisen eine lebhaftere Zunahme auf; ihrer gibt es jetzt 201000, die meist in der Textilbranche tätig sind. Unter den Textilarbeitern der Grafschaft Lancaster sind sicher die Hälfte Frauen. Für die Entwicklung der Gewerkschaften ist aber immer noch großer Spielraum; gibt es doch rund 15 Millionen gewerblich tätige Personen im Vereinigten Königreich, davon etwa 5 Millionen Frauen. Industriell betätigten sich 9 Millionen (6 Millionen Männer, 3 Millionen Frauen), so daß der größte Teil der englischen Arbeiter noch außerhalb der gewerkschaftlichen Organisation steht. In den zehn Jahren 1898–1907 brachten 100 der größten Gewerkschaften Spenden im Betrage von über 80 Millionen Mark für die Arbeitslosen auf.

Der Arbeitsmarkt im Juni wies nach den Mitteilungen des Juliheftes des Reichsarbeitsblattes wenig Veränderung im Vergleich mit dem Vormonat auf. Im Kohlenbergbau des Ruhrgebiets war zwar die Förderung und der Absatz noch nicht befriedigend; Feierschichten waren nach wie vor erforderlich. Die Beschäftigung der Stahl- und Walzwerke war im allgemeinen etwas besser als im Vormonat und zur gleichen Zeit des Vorjahres; nach den Berichten aus Schlesien und Südwestdeutschland jedoch war eine Besserung der Lage nicht zu bemerken; im allgemeinen war ein starkes Angebot an Arbeitskräften vorhanden. Was die Gießereien betrifft, so wiesen den Berichten zufolge die norddeutschen Werke einen ungünstigen Geschäftsgang auf, so daß vielfach Feierschichten eingelegt werden mußten; die süddeutschen Berichte laufen dagegen befriedigend. Wenig übersichtlich ist die Lage im allgemeinen im Maschinenbau, das Angebot an Arbeitskräften deckte aber auf jeden Fall die Nachfrage. Die Textilindustrie, insbesondere die Spinnereien, hatten keine befriedigenden Verhältnisse zu verzeichnen. In der chemischen Industrie war der Geschäftsgang nach der Mehrzahl der Berichte normal, auch hier reichten die Arbeitskräfte aus, besonders in den Großstädten zeigte sich oft ein Ueberangebot. In der elektrischen Industrie war die Lage ungefähr dieselbe wie im Vormonat, auch hier trat vor allem in den Großstädten häufig ein Ueberangebot von Arbeitskräften in die Erscheinung. Soweit Berichte aus dem Baugewerbe vorliegen, trat häufig eine weitere Verbesserung ein, das Angebot von Arbeitern genügte überall der Nachfrage.

Auf den Geschäftsgang der Brauereien übten meist noch der wenig befriedigende Geschäftsgang anderer Industriezweige und vielfach auch die Witterungsverhältnisse einen ungünstigen Einfluß aus. Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen ergab sich am 1. Juli gegen den 1. Juni eine Abnahme der Beschäftigungsziffer um insgesamt 17806 Mitglieder (+ 185 männliche, – 17991 weibliche) gegenüber einer Zunahme um 66554 (+ 49738 männliche, + 16816 weibliche) Mitglieder im Vormonat. Die Arbeitslosenziffer der berichtenden Fachverbände belief sich Ende April 1909 auf 2,9 Proz., Ende Mai und Ende Juni auf 2,8 Proz. Die entsprechenden Ziffern des Vorjahres waren 2,8 Proz., 2,8 Proz. und 2,9 Proz.

Politische Monatsschau.

Die lachenden Agrarier. Bülow's Sturz. Triumph des Zentrums. Eine Abschieds-eremede. Die Furcht vor der Rache des Volkes. Finanzreform und Wahlrechtsreform. Der Volkserrat der bürgerlichen Parteien. Die nächste Reichstagswahl ein Volksbürgerliches Ereignis.

Endlich, nach 9 Monaten langem Ringen, ist das Werk vollbracht. Was lange währt wird gut, sagt ein Sprichwort und zweifellos werden die agrarischen Parteien von der Finanzreform diese Meinung haben. Sie haben nicht nur verstanden, sich die ganze Steuerlast vom Hals zu wälzen, sie haben nebenher noch die Brauntweinliebesgabe sich zu erhalten verstanden, wodurch ihnen 45 Millionen als Geschenk des Staates in die Tasche fließen. Und großmütig wie immer, wenn sie Vorteil dabei haben, verzichteten sie auch auf die Herabsetzung der Zuckersteuer. Und mag auch die große Mehrheit des Deutschen Volkes ergrimm ist über die ungeheure Steuerlast, die agrarischen Parteien finden, daß keine Veranlassung zur Entrüstung vorliegt. Vor allem das Zentrum hat mit Hilfe der Konservativen einen seit 1907 gehegten Lieblingswunsch in Erfüllung gehen sehen. Es hat den so bitter gehaßten Bülow endlich stürzen können.

Bülow, der es immer meisterhaft verstand, durch alle Fährnisse seinen Posten zu behaupten, der erst noch im Jahre 1907 den geschicktesten Schachzug der Reichstagsauflösung seine heimlichen Gegner matt setzte, mußte nun ein so schmähliches Ende nehmen. Es ist überaus bezeichnend für die konstitutionellen Verhältnisse Deutschlands: Um den Reichskanzler die Stellung zu erhalten, schickte man den Reichstag 1907 nach Hause. Alle Welt schüttelte damals verwundert den Kopf und niemand wußte Recht, warum denn eigentlich der Reichstag aufgelöst worden ist. Bis dann nach und nach die geradezu lächerliche Wahrheit durchsickerte. Und jetzt? Die Mittel der Reichsregierung sind total erschöpft. Die Ausgaben wachsen Jahr für Jahr enorm an. Und als nun die Regierung mit Vorschlägen kommt, daß ständige und fortlaufend anwachsende Defizit zu decken, da findet sich gerade bei den Konservativen die erbitterteste Gegnerschaft. Diese Gegnerschaft legt sich auch nicht, als die Regierung aus der 100 Millionen Erbschaftsteuervorlage eine Erbschaftsteuervorlage macht, die nur 55 Millionen bringen soll. Wieder sieht sich die Regierung dem unbegreiflichen Widerstand der agrarischen Parteien gegenüber. Die bestimmtesten Erklärungen der Regierungsvertreter, daß ohne die Erbschaftsteuer die Finanzreform unannehmbar sei, erwecken nur noch Heiterkeit bei den Parteien. Und trotz all der moralischen Ohrfeigen, die die Regierung so reichlich bei der Sache geerntet hatte, wurde kein Versuch gemacht, die Schwierigkeiten durch eine Reichstagsauflösung zu beheben. Selbst bis in die Kreise der Nationalliberalen hielt man die Auflösung für unumgänglich. Bülow aber, der große Held, hatte es anders beschlossen.

Die Plockgemeinschaft der bürgerlichen Parteien ohne Zentrum ist zertrümmert worden. Bülow schwieg dazu. Das Zentrum hat durch die Konservativen seinen alten beherrschenden Einfluß wiedergewonnen, dasselbe Zentrum, das Bülow ein für allemal als Regierungspartei ausschalten wollte. Und auf all diese Nackenschläge antwortete Bülow mit dem Abgang von seinem Posten. Ein Rückzug, wie ihn blamabler kaum ein Minister zu verzeichnen hatte. Und daß er das Unwürdige seiner Situation begriff, das wurde schlagend bewiesen durch die Ausführungen, die der ehemalige Reichskanzler nach seinem Abschied im „Hamb. Korr.“ veröffentlichte.

Dort klagte der Exkanzler im weinerlichsten Ton die Konservativen an, daß sie ihn bewußt zu Fall gebracht haben. Dort aber gab er auch Aufklärung, warum er nicht eine Reichstagsauflösung befürwortete. „Wenn ich es nicht für richtig gehalten habe, dem Kaiser die Auflösung vorzuschlagen, so haben mich sachliche Gründe bestimmt. Ich muß anderen Erwägungen folgen als der Parteiemann. Ich mußte auch die Zukunft im Auge behalten. Ich konnte mich nicht für einen Wahlkampf begeistern, der nach rechts hätte geführt werden müssen und zum notwendigen Ergebnis eine garnicht abzuschätzende Verstärkung des Radikalismus und speziell der Sozialdemokratie gehabt hätte.“

Hören wir recht? Haben nicht die Regierungsvertreter immer wieder behauptet, daß das Volk die Finanzreform im Sinne der Regierung wünscht? Und haben nicht sämtliche bürgerlichen Parteien für die 400 Millionen indirekter Steuern gestimmt, samt Zentrum und Freisinnigen?

Aber Fürst Bülow gibt uns weiterhin die Antwort, warum die Sozialdemokratie allein Vorteil bei

dieser Wahlbewegung haben muß: Und wenn man jetzt nachträglich das Prinzip des Reichstagswahlrechts in diese Debatte wirft, in einem Moment, wo man den Massenkonsum erheblich belastet, so fürchte ich, hat man nur Wasser auf die sozialdemokratischen Agitationsmühlen geleitet.

Sagt das nicht klar und deutlich, daß die Regierung über die Volksfeindlichkeit ihrer Steuervorschläge genau unterrichtet war? Offen und ehrlich spricht Bülow erst, als er aus Aerger über den Verlust seines geliebten Postens seinem Herzen Luft machte. Und wenn er nachher prahlerisch hervorhebt, daß er die Sozialdemokratie rednerisch überwinden habe, so kann man das nicht anders, denn als Aufschneideri bezeichnen, wo er selbst eben erst den Nachweis erbracht hat, wie notwendig die Sozialdemokratie aus der Regierungspolitik agitatorischen Gewinn ziehen müsse.

Aus alledem zeigt sich immer deutlicher, wie unmöglich eine solche ungeheure Volksbelastung wäre, wenn nicht das Volk selbst bei der letzten Reichstagswahl in geradezu selbstmörderischer Verblendung seine Feinde als Parlamentsvertreter gewählt hätte. Diese wichtige Aufklärung hat uns Fürst Bülow hinterlassen und wir wollen nicht versäumen, diese Erkenntnis in die weitesten Kreise zu tragen. Und wenn uns wieder jemand fragt: welche Partei am aufrichtigsten für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes eintritt, dann wollen wir mit Bülow sagen: Das ist nur die Sozialdemokratie!

In letzter Linie ist es ja auch die Furcht vor der Sozialdemokratie gewesen, die die Konservativen veranlaßt hat, gegen die Erbschaftsteuer so energisch vorzugehen. Wie sagte doch der konservative Redner Abg. v. Heydebrand bei der 3. Lesung des Finanzgesetzes: „Ausschlaggebend war für uns dabei, daß wir in dieser Steuer nichts anderes sehen konnten, als eine allgemeine Besitzsteuer, und daß wir, wie wir offen bekennen, eine solche nicht in die Hände einer auf dem gleichen Wahrecht beruhenden Körperschaft legen wollen!“ Wir können das nicht, weil es dann gar keine Mittel gibt, um später zu verhindern, daß die Sätze dieser Steuer so verschärft und erhöht werden, daß sie schließlich zu einer Expropriation des Besitzers führt.

Und damit so etwas nicht im preußischen Landtag vorkommt, hat man den gestürzt, der das Versprechen einer Wahlreform für den preußischen Landtag durch die Thronrede angekündigt hat. Jeder Versuch auf diesem Gebiet ist strafbar. Das haben die Konservativen dem Fürsten Bülow gezeigt, damit es seine Nachfolger beherzigen mögen. Nur haben sie vergessen, daß da noch andere mitzurechnen haben. Denn die Millionen deutscher Staatsbürger, die unter den maßlosen Steuererhöhungen zu leiden haben, werden erkennen lernen, daß die Ursache aller Reaktionen in dem erbärmlichen Dreiklassenwahlrecht Preußens zu suchen ist. Und diese Tatsache erkennen, heißt auf ihre Beseitigung hinwirken.

Noch nie war die Erbitterung gegen die konservative Reaktion so angewachsen, als nach dieser sogenannten Finanzreform. Und daß diese Erbitterung noch steigen wird, dafür werden die angenommenen Steuersätze selbst sorgen. Denn 345 Millionen sind reine Konsumsteuern, die von den ärmsten Schichten am drückendsten empfunden werden. Aber auch die sogenannten Besitzsteuern, die angenommen sind, werden zum großen Teil auf die große Masse abgewälzt werden.

Ob mit dieser Belastung all die Wähler der bürgerlichen Abgeordneten einverstanden sind, kann man wohl mit Recht bezweifeln. Wenn die Liberalen zuletzt gegen die ganzen Steuern stimmten, so darf doch nicht vergessen werden, daß sie sich anfangs eifrig bemühten, es den Konservativen im Bewilligungseifer der 400 Millionen gleichzutun. Gegen ihren Willen wurden sie von den Konservativen ausgeschaltet, weil eben das Zentrum, diese sogenannten „Volkspartei“, noch besser für die Bekämpfung aller wirklichen Besitzsteuern zu haben war. Als im Dezember 1906 der Reichstag aufgelöst wurde, da betonte in einer Broschüre für die Wahl der Abg. Erzberger: „Wenn das Zentrum in alter Stärke wiederkehrt, ist das Volk in seinen breiten Schichten vor neuen großen Steuern bewahrt.“ Und weiter: „Das Zentrum ist für den Schutz der unteren und mittleren Volksschichten. Wir sind gegen Erhöhung der indirekten Steuern!“ Mit solchen verlogenen Worten sind 1907 die Wähler für Zentrumsstimmen eingefangen worden. Und 1909 ist es die Zentrumsfraktion, die die ungeheure Steuerausplünderung erst ermöglichte.

Hoffen wir, daß die Parteien die gehörige Antwort bei der nächsten Reichstagswahl erhalten. Ein erfreulicher Anfang ist bei der Nachwahl im pfälz. Kreis Neustadt-Landau gemacht. Von 6300 auf 8300 sind bei der Hauptwahl die sozialdemokratischen Stimmen gestiegen, während sämtliche bürgerlichen Parteien, voran aber das Zentrum, bedeutende Verluste zu verzeichnen haben. Und bei der Stichwahl der Kandidat der Sozialdemokratie den der Nationalliberalen glänzend besiegt! Ein Sozialdemokrat wurde gewählt! Hoffen wir, daß es so weiter geht, dann wird sich auch diese Steuerausplünderung als ein Teil jener Kraft zeigen, die zwar das Böse will und doch das Gute schafft.

Aus den Berichten der Gewerbeinspektionen.

H.

Der Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten in Bayern für das Jahr 1908.

Das von jedem einigermaßen sozial denkenden Menschen anerkannte und berechtigte Verlangen der Arbeiterklasse, daß zum Schutze ihrer Person und ihrer Gesundheit jeder Betrieb alljährlich mindestens einmal kontrolliert werden müsse, ist in Wirklichkeit leider noch lange nicht erfüllt. Trotz aller immer wiederkehrender Behauptungen unserer herrschenden Klassen, auf diesem Gebiete stehe die Gesetzgebung in Deutschland heute schon an erster Stelle, ist doch die Tatsache nicht hinweg zu eskamotieren, daß verhältnismäßig noch bitter wenig geschieht ist.

Aus dem Bericht der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1908 ist die gleiche Erscheinung zu ersehen, wie aus den Berichten aller anderen deutschen Bundesstaaten. **Ungünstige Zahl der Aufsichtsbeamten!** Sind doch im Berichtsjahre bei der Gesamtzahl der vorhandenen Fabriken und Handwerksbetriebe nur 19826 oder 19,32% mit 379407 oder 55,50% aller in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter mit einer Revision beglückt. Ueber 9/10 aller Betriebe wurden nicht besichtigt, eine viel, viel zu große Zahl! Der Prozentsatz der Betriebe zu der Zahl der Arbeiter beweist aber auch, daß gerade die kleineren Werkstätten, in denen nachweisbar die schlimmsten Zustände existieren, von der Kontrollierung unberührt blieben. Dort leuchtet kein Sonnenstrahl hinein, trotzdem es gerade in diesen oft vorsintfluthen Betriebshöhlen am notwendigsten wäre. Hier wäre Abhilfe dringend am Platze. Wollte man aber diesen berechtigten Ansprüchen auch nur annähernd Geltung verschaffen, dann müßte man mit einem Schlage eine viel größere Anzahl von Beamten in den Dienst dieser guten Sache stellen. Die Tatsache, daß am Berichtsjahr in den Aufsichtsbezirken Oberbayern II und Pfalz-Süd je eine aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Hilfskraft angestellt wurde, ist wohl durch ihre Art als eine erfreuliche Erscheinung zu betrachten, entspricht sie doch dem immer wiederkehrenden Verlangen der Arbeiter, diese Beamten überhaupt aus ihren Reihen, aus den Reihen der Praktiker zu nehmen, aber auch dieses kann nur als ein Tropfen auf einen Stein angesehen werden. Notwendig wäre auf diesem Gebiete vor allen Dingen die Teilung der einzelnen Bezirke, insbesondere des Bezirks Mittelfranken. Diese Bezirke sind viel zu groß, um auch beim besten Willen nur annähernd so bearbeitet zu werden, wie es absolut notwendig wäre. Hoffentlich geht man baldigst an die Lösung dieser Frage heran. Wie wir aus zuverlässiger Quelle wissen, sollen in Zukunft bei der Anstellung von weiteren Beamten auch die Arbeiterorganisationen hierzu gehört werden.

Zur Ergänzung des Gewerbeaufsichtsdienstes hat die bayerische Regierung die Stelle eines Landesgewerbearztes, mit dem Sitze in München, geschaffen, der den Gewerbeaufsichtsbeamten und Berginspektoren als hygienischer Berater dienen soll. Auf Grund einer vorläufigen Dienstweisung ist dem Landesgewerbearzt als selbständige Tätigkeit die Vornahme von Betriebsbesichtigungen in gesundheitsgefährlichen Gewerbezeigen, einschließlich der Hausindustrie, dann die Untersuchung gewerblicher Erkrankungen, namentlich Vergiftungen, und die Begutachtung von Maßnahmen zur Verhütung solcher Erscheinungen übertragen. Der Landesgewerbearzt hat sich bei seinen Dienstreisen und Betriebsbesichtigungen mit dem zuständigen kgl. Bezirksarzt ins Benehmen zu setzen. Der Tätigkeit des Landesgewerbearztes kommt auf dem Gebiete der Gesundheitspflege große Bedeutung zu, sie darf aber nicht überschätzt werden, weil die Schaffung einer einzigen derartigen Stelle für das ganze Land in jeder Beziehung unzureichend ist. Das Wenigste, was hier verlangt werden könnte, wäre die Anstellung eines Gewerbearztes für jeden Gewerbeinspektionsbezirk. Den Gewerbeinspektoren stehen zwar heute schon die kgl. Bezirksärzte zur Verfügung, deren Tätigkeit auf dem Gebiete der Gewerbeaufsicht sich aber auch nur auf die allernotwendigsten Maßnahmen erstrecken kann, weil die Bezirksärzte in der Regel andere Aufgaben zu erfüllen haben. Der Erfolg der Tätigkeit des Landesgewerbearztes wird viel von der Unterstützung abhängen, die ihm die Bezirksärzte und die Träger der Arbeiterversicherungsanstalten zu Teil werden lassen. Die Bezirksärzte sind gehalten, Beobachtungen auf gewerbehygienischem Gebiete, vor allem über gewerbliche Krankheiten und Vergiftungen, dem Landesgewerbearzt unaufgefordert mitzuteilen und bei der Ärzteschaft ihres Bezirks dahin zu wirken, daß auch diese den Landesgewerbearzt tunlichst unterstützen. Auch für die Krankenkassen, seien es nun Gemeinde-, Orts-, Betriebs-, freie Hilfs- oder private Krankenkassen, eröffnet sich hier ein Gebiet segensreicher Wirksamkeit. Den Geschäftsführern von Krankenkassen bietet sich fast immer in erster Linie Gelegenheit zur Beobachtung von auftretenden Gewerbe- und Berufskrankheiten, durch welche die Krankenkassen teilweise sehr stark belastet werden.

Es wurde bereits oben angeführt, daß die Anstellung eines einzigen Gewerbearztes für das ganze Königreich Bayern als ungenügend bezeichnet werden muß. Andererseits muß aber doch begrüßt werden, daß eine derartige Einrichtung geschaffen wurde, denn wenn einmal der Anfang gemacht ist, kann ein weiterer Ausbau dieser Institution leicht erfolgen; ja er wird

erfolgen müssen, schon auf Grund der gegenwärtigen gewerbehygienischen Verhältnisse. So erfreulich diese Neuerungen also sind, so bedauerlich ist aber die Tatsache, daß eine der Bedeutung der ganzen Frage gebührende Würdigung noch nicht erfüllt ist. Die Träger unserer Kultur, die Arbeitsbienen, sind noch viel zu wenig gegen die sie ständig drohenden Gefahren geschützt. Die Zahlen der Unfallstatistik sprechen eine viel zu beredte Sprache hierfür. Die einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung müßten viel mehr Beachtung finden. Heißt es doch auf Seite VIII des Jahresberichtes, um nur ein Beispiel herauszugreifen: Bezüglich des Wöchnerinnenschutzes wurde überall die Wahrnehmung gemacht, daß Wöchnerinnen nur dann 6 Wochen von der Arbeit wegbleiben, wenn sie aus einer Orts- oder Betriebskrankenkasse Wöchnerinnenunterstützung bekommen, im übrigen begnügen sie sich gewöhnlich mit 4 Wochen Schonung. Ja, warum geschieht denn dies? Nicht etwa deswegen, weil die Arbeiterinnen in der Zeit der Rekonvaleszenz es nicht nötig hätten, ihrem Körper die erforderliche Pflege angedeihen zu lassen, sondern weil eben die Not die Triebfeder zu diesen Maßnahmen bildet. Und wie recht wir mit dieser Behauptung haben, beweisen die Schlußworte auf Seite XVI der Einleitung: In den Erwerbsverhältnissen der Arbeiterschaft ist bei dem Rückgange der Geschäftslage im allgemeinen keine erhebliche Besserung eingetreten. Wo es durch Lohnbewegungen und Ausstände gelang, Lohnerhöhungen zu erreichen, hat die anhaltende Teuerung aller für die Arbeiter in Betracht kommenden Konsumartikel und namentlich der Wohnungen einer besseren Lebenshaltung der Arbeiterschaft entgegengeköhrt.

Außer diesen allgemeinen Betrachtungen ist für uns auch noch einiges andere von Interesse. So ist z. B. aus dem Bericht für den Regierungsbezirk Oberbayern zu entnehmen, daß in einer Kunstanstalt die Beschäftigung von 8 jugendlichen Arbeitern bei der Herstellung von Abbildungen für medizinische Werke auf Grund des § 120 c der Gewerbeordnung abgestellt wurde. In der gleichen Anstalt wurde die Mithilfe von Arbeiterinnen zusammen mit jugendlichen beim Drucken von Abbildungen für medizinische Werke auf Grund des gleichen Paragraphen beanstandet. Eingefügt mag hier werden, daß in einer Gummiwarenfabrik wegen Verwendung von Arbeiterinnen bei der Prüfung der Präservativs eingeschritten werden mußte!

Aus dem Berichte des Gewerbeberaters für Mittelfranken ist hervorzuheben, daß in der lithographischen Kunstanstalt Wolfrum & Hauptmann nach 10jähriger Dienstzeit ein Urlaub von 3 Tagen gewährt wird. Diese Firma ist dadurch in die Reihe der Wohltäter gekommen, obwohl für diese Qualifikation in der letzten Zeit bedenkliche gegenteilige Erscheinungen wahrzunehmen waren. Um nur eines herauszugreifen, sei erwähnt, daß als der erste Vorsitzende unserer Lithographen-Filiale die Firma auf das Nichteinhalten ihrer Verpflichtung bezüglich des Lohnes für Ausgelernte aufmerksam machte, die Antwort erfolgte: „Ihre Sache ist genehmigt, aber sie sind entlassen!“

Eine längere Abhandlung ergibt die Darstellung der „Erhebungen über die Papierindustrie“. Aus diesen ist zu entnehmen, daß in dieser Industrie durchschnittlich noch eine 10–12stündige Arbeitszeit anzutreffen ist, teilweise noch länger, dazu kommt aber für die 12 Stundenarbeiter zum Zwecke des Schichtwechsels meist wöchentlich noch eine 24stündige Schicht. „Die Bestrebungen“, so heißt es wörtlich auf Seite 5, „die 24stündigen Wechsel-schichten zu beseitigen, stoßen auf großen Widerstand bei den Unternehmern.“ Durch die verhältnismäßig häufige Nacharbeit im Zusammenhang mit den langen Schichten sind die Unfallziffern wesentlich gestiegen. Der Berichterstatter sagt selbst auf Seite 6: „Diese Mehrung der Unfälle bildet eine ernste Mahnung, der Unfallverhütung in der fraglichen Industrie besondere Aufmerksamkeit zu widmen.“ Außer diesen Nachteilen sind auch die Lohnverhältnisse teilweise noch sehr niedrig, Löhne von 15–18 Mk. sind keine Seltenheit. Diese bedauerlichen Erscheinungen sind aber auch erklärlich; der Bericht aus Unterfranken zeigt die Ursache hierzu: „Die Arbeitgeber sind meist Mitglieder des Bayerischen Industriellen Verbandes. Die Arbeitnehmer sind nur zum geringen Teil in freien und christlichen Gewerkschaften organisiert. Ausgeprägt ist der Zusammenschluß bei den Lithographen und Steindruckern, die fast ausnahmslos dem Senefelder-Bund angehören.“

Ja, hier liegt der Hase im Pfeffer, freiwillig gibt es heute nicht, und wenn man auch noch so gefügig ist. Nur eine starke Organisation der Arbeiter bringt die Vorteile für jeden einzelnen, die unumgänglich notwendig sind. Und auch nur diese Faktoren in Verbindung mit den anderen Gliedern der Arbeiterbewegung können es ermöglichen, daß die ausführenden Organe der Gewerbeaufsichtsbehörden noch mit den Rechten ausgerüstet werden, durch die sie renitente Arbeitgeber, die ihre Anordnungen unbeachtet lassen, gebührend strafen. Heute liegt die Sache leider noch so, daß manches berechtigte Verlangen des Aufsichtsbeamten ignoriert bleibt, weil die nach langen Mühen verursachte Strafe in gar keinem Verhältnis zu dem Vergehen steht. Alles in allen kann also sehr wohl die schon Eingangs erwähnte Behauptung wiederholt werden, auf diesem Gebiete ist verhältnismäßig noch bitter wenig geschehen.

Nik. Eichenmüller.

Zum Maifeierbeschuß des Metallarbeiterverbandes.

Durch einen Beschluß des Metallarbeiterverbandes, inbezug auf die Maifeier steht diese wieder einmal im Vordergrund der Debatte, die besonders durch eine sehr heftige Polemik der Leipziger Volkszeitung hervorgerufen wurde. Auch unsere Graphische Presse beschäftigte sich in No. 28 mit dieser Angelegenheit, jedoch in einer Weise, die nicht unwidersprochen bleiben dürfte. Es muß von vornherein betont werden, daß einzelne Kraftausdrücke der Leipziger Volkszeitung bedauerlicherweise über das Ziel hinausschießen. Der Artikel selber aber trifft den Nagel auf den Kopf und es ist in E. nicht richtig, wenn die Gr. Pr. behauptet: Nur dem Leipziger Arbeiterblatt blieb es vorbehalten, statt einer sachlichen Kritik die Tatsachen auf den Kopf zu stellen und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in dieser unerhörten Weise anzupöbeln. Daß der Hieb der L. V. notwendig war, und daß er seinen Zweck erfüllte, beweist eine große Anzahl von Artikeln der Gewerkschaftspresse, welche sich nur durch einige mehr oder weniger scharfe Kraftausdrücke im Stile des Leipziger Volkszeitungsartikels unterscheiden. (Eine merkwürdige Logik, aus der einmütigen Zurückweisung eines Angriffs dessen Berechtigung zu schlussfolgern! D. R.)

Lag nun für die Redaktion der Gr. Pr. das Bedürfnis vor, sich in den Streit der L. V. mit dem Metallarbeiterverband zu mischen, so war es ihr gutes Recht; aber man hätte erwarten müssen, daß das Persönliche dieser Angelegenheit nicht berührt würde, sondern nur das Sachliche den Artikel beherrscht hätte. Denn nicht um die wörtliche Entgleisung einer Parteizeitung handelt es sich, sondern die Redaktion der Gr. Pr. wäre verpflichtet gewesen, ihre Meinung zur Maifeier klar zu legen.

In dem betreffenden Artikel heißt es zwar: Hervorgehoben sei, daß es sich bei diesem Streit nicht um das Fest selbst handelte. In keinem der beiden Teile haben sich Stimmen für dessen Beseitigung Geltung verschafft. Der Streit um die Maifeier betraf lediglich ihre Form. Und dieser Streit um die Form des Maifestes hatte wahrhaftig so ganz und gar nichts Erhebendes an sich. Aber darum handelt es sich nicht, sondern es geht bei diesem Streit um das Sein oder Nichtsein der Maifeier! Und es kann nicht oft genug betont werden, daß dieser Streit von ganz bestimmten Kreisen der Gewerkschaften in die deutsche Arbeiterbewegung hineingetragen wird. Diese Kreise sind es, die mit allen Mitteln auf Beseitigung der Maifeier hinarbeiten. Oder läuft es nicht auf die Abschaffung der Maifeier hinaus, wenn Genosse Sachse auf dem letzten Bergarbeiterkongreß erklärte: Mit der Maifeier brauchen wir uns nicht zu beschäftigen, im nächsten Jahre fällt diese auf einen Sonntag und hoffentlich wird sie immer auf einen Sonntag festgelegt. Die Maifeier als Demonstration zur Erringung des Achtstundentages für immer auf einen Sonntag festgelegt, hätte ihren Zweck verfehlt; sie würde sich dann nicht über die Höhe einer Kirme erheben. Mit Recht bezeichnet die L. V. eine derartige Tätigkeit einzelner Gewerkschaftsführer als Maulwurfsarbeit. In den Gewerkschaften, in denen das Klassenbewußtsein zur Erringung von Augenblickserfolgen nicht direkt eingelullt wird, kennt man auch die Maifeier, wie sie von den Parteitag festgelegt wurde und dort bildet sie auch ein vorzügliches Kampfesmittel. Je entgegenkommender sich die Parteitage gezeigt haben, je annähernder wurden jene Kreise, die auf Beseitigung der Maifeier hinarbeiten, die selbst die Parteidisziplin durchbrechen, wenn es sich, wie in Brandenburg, nur um persönliche Vorteile handelt. Der Zweck heißt das Mittel.

Kommt nun der Metallarbeiterverband herbei und faßt auf seiner letzten Generalversammlung zur Maifeier Beschlüsse, in welchen er alle Beschlüsse der Partei in dieser Frage für sich als nicht bestehend betrachtet, so gehört endlich einmal ein entscheidendes: „Bis hierher und nicht weiter!“ Stellt sich eine Gewerkschaft außerhalb der Beschlüsse der Parteitage, dann kann nicht fest genug zugefaßt werden, selbst wenn derartige Maßnahmen von Männern getroffen wurden, die, wie die Gr. Pr. so schön schreibt, „meist noch in der Werkstatt oder Fabrik stehen!“ (Für die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit sind natürlich nur die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse maßgebend. Den Beschlüssen der Parteitage unterstehen die Gewerkschaften nicht, so daß sich der Metallarbeiterverband auch gar nicht außerhalb dieser Beschlüsse gestellt haben kann. D. R.)

Mit Recht sagt der in Wien erscheinende „Oesterreichische Metallarbeiter“ in seiner äußerst sachlichen Kritik der Beschlüsse des Metallarbeiterverbandes: „Die Partei regt auf den deutschen Parteitagen wie auf den internationalen Kongressen zur Feier des 1. Mai an, die Gewerkschaft sagt den gleichen Personen: Ihr tut eigentlich besser, euch die Arbeitsruhe des 1. Mai aus dem Kopfe zu schlagen. Wohl sucht man äußerlich den Widerspruch der Beschlüsse möglichst wenig in Erscheinung treten zu lassen, die Kommentare der Beschlüsse werden desto deutlicher tun. Dieser innere Zwiespalt in vielen Arbeitern erscheint uns eine wenig erfreuliche Tatsache. Er wirkt aber nicht bloß auf das Gemütsleben des einzelnen Arbeiters, er ist auch nicht geeignet, die Arbeiterbewegung in ihrer dem Gegner so imponierenden Einheit und Einigkeit zu stärken. Das Unternehmertum wird in den Beschlüssen des

Metallarbeiter eines Erfolges sehen, einen Verzicht auf einen Arbeiterwunsch, den die Unternehmer stets abgelehnt haben. Es wird darin eine Einigung des Kampffeldes, eine gewisse Mütlosigkeit der Arbeiter, vielleicht auch eine Anleuerung im Kampfe gegen die Arbeiter finden. Treffender können die Beschlüsse des Metallarbeiterverbandes nicht kritisiert werden.

Zum Schluß noch eine Frage: Was sollen die dunklen Andeutungen der Gr. Pr., daß die Leipziger Volkszeitung entgültig die Lust verloren hat, Unfrieden in die Arbeiterbewegung zu tragen und die Arbeitermassen frivol gegeneinander zu hetzen. Zu einer Förderung der Arbeiterbewegung hat die Haltung der Leipziger Volkszeitung jedenfalls weder in diesem noch in früheren Streitfällen etwas beigetragen. Will man etwa wegen einiger formeller Entgleisungen der Leipziger Volkszeitung ihre große Bedeutung für die gesamte Arbeiterbewegung absprechen? Nicht die Kritik der L. V., sondern die Beschlüsse des Metallarbeiterverbandes werden dem Reichsverband und der Arbeitgeberzeitung Material liefern. Wo war übrigens die Gr. Pr. in der Angelegenheit »Leipziger Volkszeitung gegen Rexhäuser? Wo war sie im Prozeß des Genossen Fischer vom Vorwärts gegen die Post? (In diese rein persönlichen Angelegenheiten uns einzumischen hatten wir gar keine Veranlassung, wogegen die ganz allgemein gehaltenen Angriffe der L. V. auf die durch das Vertrauen der Mitglieder gewählten Führer der Gewerkschaften durch die Gewerkschaftspresse im Gewerkschaftsinteresse entschieden zurückgewiesen werden mußten. D. R.)

Nachdem die Redaktion der Gr. Pr. in dieser zweideutigen (? D. R.) Weise zur Mailfeier Stellung genommen hat, wird man erwarten müssen, daß sie auch in sachlicher Beziehung ihre Stellung zur Mailfeier klar legt. G. Br.

Anmerkung. Ein näheres Eingehen auf diese kritischen Auslassungen erübrigt sich, da wir das, was dazu zu sagen wäre, schon in der Anmerkung zu dem gleichnamigen Artikel in Nr. 30 und in einigen Randnoten zu vorstehendem Artikel sagten. Im Uebrigen wird der Wunsch des Einsenders voraussichtlich schon in der kommenden Nummer erfüllt. Die Redaktion.

Adressen-Änderungen.

1. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftsleiter (s. »Gr. Pr.« No. 30.)

Bautzen: Ernst Heine, Seidau b. Bautzen No. 123.
Bietighelm i. Wrthbrg.: Ludw. Rubsamen, Nairastr. 9.
Reichenbach i. Voigtl.: Rudolf Keunecke, Burgstr. 47.

Zentralkommission der Formstecher, Tapeten-, Linoleum- und Wachtstuchdrucker:
Vorsitzender: C. Schubart, Berlin N. 20, Badstr. 26. IV., zugleich Zentralarbeitsnachweis; Tapeten-, Linoleum- und Wachtstuchdruckerfragen an Erwin Weykopf, Berlin O. 34, Kochhammerstr. 30 pt.

Dänemark:

R. L. Rasmussen, Kopenhagen F., Frederiksvej 34. IV.

Tirol und Vorarlberg:

E. Scheufler, Innsbruck, Innstr. 77. III.

Schweden:

P. Müller, Malmö, Istadgatan 9. III.

Pernambuco, Südamerika:

Wihl. Kiel, Fabrica Lafayette, Recife, Pernambuco.



Allgemeines.

Teil für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Festen Lohn vorher schriftlich ausmachen!

In unserer Zeit des großen Angebots von Arbeitskräften gebraucht manche Firma wieder ihren früheren Trick, um zu billigen Kräften bei nur vorübergehender Beschäftigung zu gelangen.

Man engagiert Gehilfen ohne festen Lohn und ohne irgendwelche andere Bedingung und denkt, wenn sie nach dem Beschäftigungsort gereist sind, und auch nicht wissen, daß 14-tägige Lohnzahlung ist, so hat man sie für billigen Lohn schon solange, bis die nötigsten Arbeiten fertig sind. Dann können sie ja wieder ganz von selbst gehen oder sie »werden gegangen«.

Als Muster solcher Engagementsbriefe wollen wir ein allerneuestes Exemplar hiermit der Öffentlichkeit übergeben:

Im Besitz Ihrer gefl. Zuschrift vom 26. ds. akzeptieren wir Ihr Angebot und wollen Sie am nächsten Montag oder Dienstag, also morgen oder

übermorgen, nach hier kommen. An Salair zahlen wir Ihnen den Leistungen angemessen so viel als möglich.

Viele Kollegen werden wohl auf Chiffre-Inserate in letzter Zeit solche oder ähnliche Offerten, also auch »Anerbieten«, erhalten haben.

Nun kam ein Kollege wirklich auf dieses Angebot zugereist und wollte im Kontor seinen Lohn von 25 Mk. — mit Worten: fünfundzwanzig Mark — vereinbaren. Da kam er aber an die richtige Schmiede! Er konnte gleich wieder seinen Hut, Schirm und Handkoffer nehmen und »Kehrt!« machen. Der Herr Oberchef war sehr erregt, daß der Gehilfe einen festen Lohn wollte. Die ganze Liebenswürdigkeit und Menschenfreundlichkeit ging durch diesen rücksichtslosen Stoß gegen seine schwächste verwundbarste Stelle, gegen seinen Geldbeutel, in die Brüche und er zeigte sich sofort als echter »feuerfester« Kapitalist.

Wie nun die »Zahlung des Salairs, den Leistungen angemessen soviel als möglich« aussieht, ergibt sich daraus, daß einer seiner tüchtigen und vielseitigen Kraft, die aber leider die Unvorsichtigkeit beging, aus großer Ferne nach dem Orte solchen kurzen »Angebots« zu reisen, sage und schreibe ganze sechsundzwanzig Mark für die »volle Woche« bezahlt wurden.

Natürlich blieb diese sehr tüchtige und vielseitige Kraft nicht lange für diesen Hungerlohn, aber die billige Arbeit hatte man doch, und als der Gehilfe kündigte, wollte man ihm dreißig Mark pro Woche bezahlen! Er blieb aber trotz dieser gewaltigen Lohnerhöhung nicht, denn er hatte seine »edlen« Arbeitgeber kennen gelernt.

Ohne vorherige Vereinbarung eines festen, den Leistungen entsprechenden Lohnes sollte sich auch kein arbeitsloser Kollege engagieren lassen, denn er hat jedesmal nur den Schaden.

Von längerer Dauer sind solche »gut« und »soviel als möglich« bezahlte Stellen ja doch nicht. Deshalb muß jeder Kollege darauf sehen, daß er in der kurzen Zeit der Aushilfe-Beschäftigung auch wirklich so viel als möglich Lohn erhält. Das kann er aber nur bei vorheriger, schriftlicher Festlegung des Lohnes erlangen. Nur dann wird er vor Schaden bewahrt sein. S.

Brief aus Nürnberg.

Seit Monaten wurden die Kollegen Nürnberg in steter Beunruhigung gehalten. Mit vorzüglichem Geschick hatten die »Herrn im Hause« verstanden, die Depression unseres Berufes auszunützen. Man hatte die Geduld auf eine Probe gestellt, die an's äußerste grenzte und schließlich zum Beweis führen mußte, daß es gefährlich ist, mit dem Feuer zu spielen. Die stete Gärung in unseren Mitgliederkreisen veranlaßte die Organisationsleitung, Geschäftsversammlungen abzuhalten, die sich mit den unwürdigen Zuständen, unter denen die Kollegen zu leiden hatten, befaßten. Die Ergebnisse der durchgängig vorzüglich besuchten Versammlungen wurden in einer am 5. Juli abgehaltenen öffentlichen Versammlung sämtlicher im graphischen Berufe tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen einer eingehenden Betrachtungen unterzogen. Kollege O. Rieß als Referent konnte nachweisen, daß sehr sonderbare Blüten aus der derzeitigen wirtschaftlichen Lage sprossen. Auf der einen Seite griff eine noch nie in solcher Höhe stehende Arbeitslosigkeit Platz, und auf der anderen Seite mußte doch in Heimarbeit und Ueberstunden das möglichste geleistet werden. Oft wurden plötzlich wegen Arbeitsmangel die Kollegen aufs Pfahler geworfen, und einige Tage später erfolgten wieder Einstellungen, wobei man auf das Mittel verfiel, die Kollegen nur aushilfsweise »ohne Kündigung« einzustellen. Die Kräfte des Einzelnen wurden durch Treibereien auf das äußerste ausgenützt. Durch die Vorgesetzten wurde vielfach eine Behandlungsweise des Personals beliebt, wie sie auf Bauten nicht niedriger und schmutziger sein könnte und die in ihrer ganzen Art an den Tropenkoller grenzt; besonders wurden in einer Firma Titulaturen der Maschinenmeister beliebt, wie Schmierer, Pfuscher, Patzer, Drucksäue und dergl. Die Lehrlingszucht steht trotz der im Jahre 1906 getroffenen Abmachungen ebenfalls in vollster Blüte. Kurz: unsere Unternehmer und ihre Söldlinge fühlen sich so recht in ihrem Element der ungestörten Herrschaft! Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme durch die sehr stark besuchte Versammlung.

Die in den lithographischen Anstalten beschäftigten gelernten und ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen Kenntnis von der allgemeinen Geschäftslage im Berufe. Sie bedauern lebhaft, daß eine

große Anzahl Anstaltsbesitzer durch geschickte Manipulationen versuchen, die Folgen der Krisis auf die Arbeiterinnen, sei es durch schlechte Behandlung oder Nichtaufbesserung der Löhne, abzuwälzen. Da die Arbeiter in keinem Betracht auf diesen Zuständen schuld sind, vielmehr die Arbeitgeber selbst ein gerütteltes Maß Schuld daran tragen, ist dieses Gebahren als gegen jeden Anstand verstößend zu verurteilen.

Weiter bestreitet die Versammlung unter allen Umständen, daß eine allgemeine Lohnerhöhung eingetreten ist. Richtig ist nur, daß einige Anstalten Lohnerhöhungen vorgenommen haben, jedoch nicht freiwillig, sondern jeweils auf Vorststellung der Arbeiter selbst, oder aber, wenn die Organisationsleitung Lohnforderungen gestellt hatten.

Die gegenwärtige Lohnhöhe steht aber in keinem Verhältnis zu der überall teuer gewordenen Lebenshaltung der Arbeiter im allgemeinen. Wir weisen daher in entschiedenster Weise die etwas kühn gewagte Behauptung zurück, daß eine Erhöhung eingetreten ist. Sollte der Fachverein der Besitzer chromolithographischer Anstalten von Nürnberg-Fürth die, im Jahresbericht der Handels- und Gewerbekammer für Mittelfranken angedrohte, Lohnreduzierung wahrnehmen, sofern die ungünstige Geschäftskonjunktur anhält, so werden die Organisationsmittel und Wege finden, die Absicht zu durchkreuzen.

Die Versammlung lenkt die Öffentlichkeit wie auch die Leitung der Unternehmervereinigung auf die unwürdigen Zustände in den einzelnen Kunstanstalten hin. Berechtigte Klagen über nicht wiederzugebende Behandlungsmethoden einer Anzahl Vorgesetzter dem unterstellten gelernten wie ungelerten Personal gegenüber sind in großer Anzahl den Organisationsleitungen unterbreitet worden. Sollte durch die kritische Behandlung der Fälle eine Wendung zur Besserung nicht eintreten, so behält sich die Versammlung eine spätere Stellungnahme ausdrücklich vor.

In der erfolgten Maßregelung von Verbandsfunktionären bei der Firma Wolfrum & Hauptmann erblickt die Versammlung einen Versuch, die Organisationsleitungen zu schädigen. Sie ist aber auch der Ueberzeugung, daß zu diesem Vorgehen mehr der Oberlithograph als die Firmenträger die Triebfeder gewesen ist, denn die nachfolgenden Wiedereinstellungen von Arbeitskräften unter Umgehung unserer Verbandsfunktionäre zeigt deutlich, daß die Entlassung ein von langer Hand vorbereiteter Schachzug gewesen ist. Dadurch, daß der Schutzverband gewissermaßen in ein Vertragsverhältnis durch die 1906 getroffenen Vereinbarungen mit dem Verband der Lithographen und Steindruckern getreten ist, muß die Versammlung jeder Schutzverbandsfirma das Recht absprechen, Verbandsfunktionäre, die nur in Erfüllung ihrer Pflicht gehandelt haben, einfach zu entlassen. Hätte die Firma die Abmachungen eingehalten, was sie nicht getan hat und auch heute noch nicht tut, so wäre ein Eingreifen unserer Funktionäre nicht nötig geworden, und nur deshalb wurden sie entlassen, nicht etwa wegen Arbeitsmangel.

In dieser, wie auch in anderen Anstalten, sind in letzter Zeit Einstellungen von Arbeitskräften erfolgt, bei denen ein Kündigungsverhältnis ausgeschlossen wurde. Gegen diese Art Geschäftsmaximen protestiert die Versammlung und fordert die Organisationsleitungen auf, unverzüglich auf die Gewährung einer gesetzlichen Kündigungsfrist hinzuwirken. Die kündigungslose Beschäftigungsweise hat keinen anderen Zweck, als den, die ärgsten Schäden der Krisis ohne Rücksicht auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Gegen diese ausgesprochene Rücksichtslosigkeit kann gar nicht scharf genug protestiert werden.

Die Versammlung forderte die Kollegen und Kolleginnen auf, das Ueberstunden- und Heimarbeitswesen möglichst einzuschränken, sofern die Versammlung nicht vorziehen sollte, den Organisationsleitungen den Auftrag zu erteilen, diese Schäden durch Verbot einfach aufzuheben. Es kann gar nicht den Kollegen und Kolleginnen gesagt werden, wie sie durch diese Unsitte dazu beitragen, die Arbeitsmöglichkeit vieler Arbeitslosen zu erschweren.

In einer Anzahl hiesiger Anstalten steht die Lehrlingszahl in gar keinem Verhältnis zur Gehilfenzahl. Die Versammlung weist darauf hin, daß bestimmte Abmachungen aus dem Jahre 1906 vorliegen, die auch heute noch für Schutzverbandsfirmen Gültigkeit haben.

Die Versammlung erwartet von der zuständigen Stelle die entsprechende Beseitigung. Sollte in unsehbarer Zeit eine Aenderung nicht Platz greifen, so werden die Organisationsleitungen beauftragt, zwecks weiterer Beschlußfassung eine neue Versammlung einzuberufen.

Zur Zeit dieser Versammlung waren in der Firma Huber, Jordan & Körner infolge eines Streiks des Hilfspersonals bereits 42 Kollegen gekündigt, am 7. Juli folgte die Kündigung der übrigen Drucker und Lithographen, wobei die Unorganisierten, besonders aber die Unterstützungsvereiner, in nicht geringe Unruhe versetzt wurden, da auch sie nicht blieben. Da eine Einigung nicht erfolgte, erhielten erstbenannte Kollegen am 13. resp. 14. Juli einen unfreiwilligen Sommerurlaub auf die Dauer von einer Woche. Dem Entschiedenen Eingreifen unseres Hauptvorsitzenden und der Vorsitzenden des Hilfs-

arbeitervverbandes allein ist es zu danken, daß dieser Streikfall örtlich begrenzt blieb. Die Anwesenheit des Generalsekretärs des Schutzverbandes während der ganzen Dauer der Unterhandlungen und dessen Teilnahme an diesen läßt jedenfalls Schlüsse zu, die auf den Machtkitzel dieser Herrn hinausgehen. Wir haben durch Vorkommnisse während der Bewegung, deren Anführung im Interesse des Friedens unterlassen sei, die erneute Gewißheit erlangt, daß alle Versuche an den Solidaritätsgedanken unserer Kollegen sich zerschlagen. Ob die Unterstützungsvereine trotz der Versprechungen, die ihnen durch die Firma gemacht waren, ebenso bewußt und sicher dem Kampf entgegenstehen? Die Kollegenschaft Nürnbergs hat bewiesen, daß sie mit Takt den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen vermag. Sie hat aber auch bewiesen, daß sie sich zu wehren vermag, wenn ihre menschlichen Rechte und ihre Existenz bedroht sind.

Die in der Resolution gerügten Mißstände und Beschwerden sind durch die öffentliche Kritik gehoben, teils zur Untersuchung und Abstellung der örtlichen Schutzverbandsleitung übergeben worden.
M. R.

Ortsberichte.

Dessau. Am 14. Juli fand unsere regelmäßige Versammlung statt, in der zunächst über eine Hausagitation unter den Tapetendruckern berichtet wurde. Diese hatte leider bis jetzt nur den „Erfolg“, daß von 22 in Frage kommenden Kollegen ein einziger seine Zusage zum Beitritt gegeben hat, der außerdem früher schon einmal Mitglied war. Die hierauf erstattete Abrechnung vom 2. Quartal ist insofern interessant, als sie eine ungemein hohe Summe aufweist, die für die arbeitslosen Formstecher der Firma Jentsch & Eggert verausgabt wurde. Unsere Lehrlingsabteilung besteht jetzt aus 11 Mitgliedern. Ein Ausflug der jungen Leute nebst Eltern und uns soll veranstaltet werden. Ein von den Leipziger Chemigraphen eingegangenes Schreiben wurde durchberaten und eine Resolution dazu angenommen, die dem Hauptvorstand zur Berücksichtigung übermittelt werden soll.

Kiel. Die hiesige Verwaltung veranstaltete vom 9. bis 13. Juli eine größere Ausstellung von Druck- sowie sämtlicher Kategorien unseres Berufes und von Entwürfen zu den Wettbewerben des Kluthschen Jahrbuchs. Durch allseitige Teilnahme der Kollegen von Kiel und auswärts, sowie durch freundliche Beteiligung größerer Kunstsalons und Farbenfabriken war es gelungen, die Ausstellung großartig auszugestalten. Durch den starken Besuch, sowie durch die Anerkennung hervorragender Fachleute und der Gewerbeschulleitung wurde bewiesen, daß man gutes schaffen hatte. Beim Besuch der auswärtigen Kollegen am Ausstellungssonntag wurden Gruppenaufnahmen gemacht. Nach Schließung der Ausstellung blieb man noch einige Stunden gemütlich beisammen, um dann mit dem Wunsche zu scheiden, ähnliche Veranstaltungen öfters zu treffen.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Zum „Künstlerstix“ der Lithographen.

(Auch eine Entgegnung.)

Unser unsterblicher Schiller, dessen 150. Geburtstag wir dieses Jahr noch begehen können, sagt: „Was hat der Mensch dem Menschen Größeres zu geben als die Wahrheit?“. Nun, der Artikel in No. 27 der „Gr. Pr.“: „Vom Künstlerstolz der Lithographen“ enthält viele Wahrheiten, er mußte deshalb eigentlich von jedem Lithographen, der es mit seinem Berufe noch ehrlich meint, mit Freuden begrüßt worden sein. Dieser Artikel, der mir sozusagen aus der Seele geschrieben war, war ganz besonders in unserer Zeit sehr am Platze, um die Lithographen, d. h. einen großen Teil von ihnen, zum Nachdenken anzuregen. Gerade viele ältere, erfahrene Kollegen haben schon längst auf einen solchen Artikel gewartet, sie sind darum dem Schreiber auch aufrichtigen Dank schuldig! Die jüngeren Kollegen aber sollten diesen Artikel recht oft durchlesen — als älterer Kollege lese ich selbst manchen Artikel in der „Gr. Pr.“ zweimal — und dann in sich gehen, der Nutzen bliebe gewiß nicht aus! Denn Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung! — Daß manche Lithographen, die sonst für allen Sport zu haben sind und in allen — Sportsätteln tüchtig sitzen, in gewerkschaftlichen und politischen Dingen noch riesig rückständig sind, möge auch folgendes kaum glaubliche, aber doch wahre Geschichtchen beweisen. War da in einem Kleinstädtchen — allwo man seine Pappenheimer viel besser kennt als in Großstädten — ein Majestätzug. Dem Zuge wurde die große 8 als Demonstration vorangetragen. Der Lithograph, der im Künstler-Sammetjacket ging und überhaupt ziemlich eitel nach außen auftrat, fragte andern Tags ganz naiv seinen

Kollegen, was denn die große 8 zu bedeuten hätte? —
Tableau!

Mitgliederversammlungen, Vorträge und andere Veranstaltungen werden verhältnismäßig von Lithographen fast immer noch viel schwächer als von Druckern besucht; manche Lithographen sieht man überhaupt nie in Versammlungen, ja nicht einmal in Ausstellungen! Manche haben sogar davor Angst, sie glauben in den Verdacht zu kommen, — Sozialdemokrat — zu sein. Ein schrecklicher, entsetzlicher Verdacht!

Dann kommt ja vielfach bei manchem jungen Lithographen in puncto Lohn die — na sagen wir — *Selbsttäuschung*! Mancher glaubt nämlich, immer mehr Lohn in der Tasche zu haben als er wirklich bekommen hat. Auch eine böse — Krankheit!

Ferner trifft man bei manchem Lithographen große Pläne. — So schrieb mir einer, der für sehr billigen Lohn — trotz inständigster Warnung! — anfang, daß er später, im Herbst betreffenden Jahres, nach Italien wollte. Na, die Reise nach dem Lande, wo die Zitronen blühen — hat er damit angefangen, daß er von seinem bisherigen Aufenthaltsorte zwei Stunden südlicher, in Mittel-Deutschland, für billigeren Lohn in Arbeit gegangen ist. Wenn er so immer billiger weiter gegen Süden spazieren geht, so wird er als der billige Mann in — Italien ankommen. —

In einer Zeit, wo es vorkommt, daß ein 23 Jahre alter Lithograph noch drei Jahre als Maurer lernt, und sonst manch anderer als Bierwirt usw. umstättelt, sollte doch jeder junge Kollege wenigstens kein Lohndrucker werden; das ist doch das mindeste, was man von jedem organisierten Kollegen verlangen kann!

Manche jüngere — und leider auch hier und da noch manche ältere — Kollegen wissen leider gar nicht, wie schlecht es um ihren Beruf steht, und wie dringend nötig es ist, daß sie sich ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisation anschließen.

Bei allen möglichen Klimbim-Vereinen kann man Lithographen finden, bei der politischen Arbeiterorganisation aber selten, und bei der gewerkschaftlichen sind manche nur der Unterstützungen halber. Das muß in Zukunft anders werden!

Auch kommt es vielfach noch vor, daß mancher es trotz öfter Verwarnung doch nicht unterlassen kann, als Heimarbeiter und damit gleichzeitig als Lohndrucker in einem anderen Fache zu fungieren, in einem Fache, das sogar tariffreie Unternehmer hat!

Kurzum, daß die Verhältnisse in der Lithographie oft so schlecht sind, daran sind manche Lithographen selbst schuld!
Ein alter Kollege.

Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Raubbau.

Wenn der Landmann auf seinen Aeckern jedes Jahr die gleiche Frucht zieht, den Boden ungenügend düngt und zur Ausrottung des Unkrautes keine Maßnahmen ergreift, so wird der Ertrag immer spärlicher ausfallen und der Boden bald gänzlich erschöpft sein. Eine solche Bewirtschaftung, die nur die Habsucht und der Unverstand betreiben kann, ist Raubbau. Nichts anderes als Raubbau ist es auch, wenn der Arbeiter tagtäglich die gleiche Verrichtung bei übermäßig langer Arbeitszeit und schlechter Entlohnung zu vollbringen hat, wodurch er weder in den Stand gesetzt ist, sich hinreichend zu erholen und weiter zu bilden, noch seinem Körper die erforderlichen Nahrungsmittel zum Ersatz der verbrauchten Kräfte zuzuführen.

Es liegt im Wesen des Kapitalismus, daß er die Arbeitskraft des Arbeiters in der intensivsten Weise auszunützen trachtet, denn nur sie allein erzeugt Mehrwert und läßt die Profitrate ins Ungemessene anschwellen. Rücksichten auf das Wohl und Wehe des Arbeiters kennt der Kapitalismus nicht. Schrankenlose Ausbeutung ist ihm die willkommenste Maxime. So ist es in allen Berufen, auch in unserem. Wenn dem Kapitalismus jetzt die Krallen einigermaßen beschnitten sind, so ist das nur den Organisationen der Arbeiter zu verdanken. Als die Arbeiter noch nicht organisiert waren, rührte sich keine Hand, deren traurige Lage zu verbessern. Der Willkür stand Tür und Tor offen.

Man braucht nur einige Jahrzehnte zurückzugreifen. Wie sah es denn damals aus in unserem Berufe, bei den Steindruckern? Wohin man kam — Akkordarbeit. Die Preise möglichst niedrig. 100 Wechsel (Gravur) 60 Pfennige, 100 Bogen Quart (Schwarzdruck) 65 Pfennig, farbig 70 Pfennige, weil man die Farbe selbst geben mußte. Wer mit dem Faktor oder Oberdrucker gut stand, erhielt die lohnendsten Arbeiten, auch wenn er ein Pfluscher war. Der Saufkomment war in zahlreichen Druckereien entscheidend. Wer nicht mitmachte, ward gemieden und zurückgesetzt. Von seinem Verdienste mußte der Drucker den Lehrling oder den Arbeitsburschen, den jeder Drucker früher an seiner Presse hatte, bezahlen. Dessen Lohn betrug 3, 4 oder 5 Mark wöchentlich. Das war gleich einem Tagelohn des

Druckers; manchmal mehr als ein Tagelohn. Waren in die Abzüge Punturen zu stechen, so gab man sie dem Lehrling mit nach Hause. Dieser erhielt für 100 Abzüge, also für 200 zu stechende Punturen, 5 Pfennige. Die Druckarbeit erlitt damals viele Unterbrechungen. Da auch jeder Drucker seinen Umdruck selbst machen mußte, so ging viel Zeit mit dem jedesmaligen Zusammentragen und mit dem Wechsel des Materials verloren. Viel Zeit nahm auch das Suchen der Steine in Anspruch. Steine zu nummerieren, daran dachte man nicht. Es kam vor, daß man stundenlang nach dem Originalsteine suchte, ehe man ihn in irgend einem Winkel fand. Man kann sich denken, wie man schufteten mußte, um all die verlorene Zeit wieder einzuholen, und trotzdem selten einen halbwegs anständigen Wochenlohn erzielte. Und wie schmerzte es, wenn man, ohne jede Rücksicht auf den Verdienst, 3, 4 oder 5 Mark für den Lehrling noch abzugeben hatte.

Tritt aus solchen Zuständen die kapitalistische Tendenz des Raubbaues mit der Arbeitskraft des Arbeiters nicht unverhüllt hervor? Gegen solche Zustände anzukämpfen, dazu ist der einzelne Arbeiter ganz machtlos. Was nützte es denn, wenn sich einer dagegen auflehnte? Rein gar nichts! Er konnte sein Bündel schnüren und konnte sich weiter trotten. Und gar nicht selten kam man aus dem Regen in die Traufe.

Wandel schafft hier erst die Organisation. Steht diese hinter dem Arbeiter, so ist auf eine erfolgreiche Bekämpfung der Mißstände viel eher zu rechnen. Die Organisation weckt aber auch das Solidaritätsgefühl des Arbeiters und hebt ihn in sittlicher Beziehung. Bei dem nichtorganisierten Arbeiter ist es bekanntlich recht windig damit bestellt. Dieser könnte sich sogar ein Beispiel an manchen Tieren nehmen, die bei drohender Gefahr zur gemeinsamen Abwehr sich zusammenscharen. Und droht dem Arbeiter nicht fortgesetzt Gefahr von seiten des Kapitals? Auf die Ausbeutung seiner Arbeitskraft ist es abgesehen. Wenn sie verbraucht ist, kümmert sich kein Teufel mehr um ihn. Schutz bietet nur die Organisation. Sie hindert den Kapitalismus am Raubbau, den dieser mit der Arbeitskraft des Arbeiters zu treiben sucht.

Raubbau, das ist die wahre Natur des Kapitalismus. Raubbau treibt er nicht nur mit der Arbeitskraft des Arbeiters, sondern auch mit den Schätzen der Natur. Er plündert die Natur in einer Weise, als wären deren Schätze unerschöpflich. Wälder legt er nieder und macht dadurch ganze Länderstrecken zu Wüsteneien, edle und nützliche Tiere und Pflanzen rettet er aus — und alles nur, um Gold daraus zu machen. Bedürfen wir zwar der Kräfte und der Schätze der Natur, so ist aber doch die Art und Weise, wie der Kapitalismus damit umgeht, zu verdammen. An die Zukunft denkt er nicht. Nur Augenblicksbefriedigung betreibt er. In welchem Zustand er die Erde den kommenden Geschlechtern überliefert, macht ihm keinerlei Sorge. Es käme ihm gar nicht darauf an, die ganze Welt zu verwüsten, wenn es nur Gold bringt. Ein Halt würde nur zu erwarten sein, wenn der Kapitalismus empfindet, daß er sich in sein eigenes Fleisch schneidet. Bis jetzt ist das aber noch nicht eingetreten.

Können wir gegen den Raubbau, den der Kapitalismus mit den Schätzen der Natur treibt, nichts unternehmen, so haben wir aber die Macht, gegen den Raubbau an unserer Arbeitskraft uns zu wehren. Eine machtvolle Organisation soll uns dazu behilflich sein.
E.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Aus den Sektionen.

Berlin (Lichtdr.). Vor Eintritt in die Tagesordnung der am 15. Juli abgehaltenen, gutbesuchten Versammlung wurde des verstorbenen Kollegen Obier gedacht. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten und Erstattung des Kassenerichts referierte Kollege Trapp über das Thema: „Wie stellen sich die Kollegen Berlins zum Ablauf des Tarifes?“. Er führte u. a. aus: Der gegenwärtige Tarif, der am 31. Dezember 1909 sein Ende erreicht, hat für die Gehilfen im Gegensatz zum ersten Tarif, der die 8 1/2-stündige Arbeitszeit im Reiche festlegte, nur wenig gebracht. In Berlin wurde der Tarif von 14 Firmen anerkannt und damit infolge der Veränderung des § 1 von 7 Firmen die 8-stündige Arbeitszeit eingeführt. Verschiedene Streitfragen wurden auf dem Wege der Verhandlung mit den Prinzipalern erledigt. Redner erinnerte an den Streik in Coburg, durch den unsere Kollegen mit Hilfe des Tarifamtes verschiedene Verbesserungen erreichten. Sodann behandelte er den Streit des Hauptvorstandes und der Kreisvertreter mit dem Tarifamt über den Ausschluß von 9 Firmen, weil die Beiträge zur Tarifgemeinschaft nicht gezahlt wurden. Diese verschiedenen Bewegungen und Streitfragen zeigen, daß innerhalb einer Tarifgemeinschaft stets ernste Fragen zu erledigen sind und die gewerkschaftliche Tätigkeit auch während der Tarifperiode nicht einschlafen kann. Kollege Trapp

besprach hierauf die Fragen, die zum Ablauf des Tarifes für uns von Wichtigkeit sind. Dazu gehört, daß wir eine gleichmäßige Arbeitszeit im Reiche haben. Die Frage der längeren Kündigungsfristen, Heimarbeit, ebenso das Lehrverhältnis bedürfen der Revision. Zum Schluß wünschte Redner, daß die Kündigung des Tarifes und gleichzeitig Abänderungsanträge zur Beratung eines neuen Tarifes eingereicht werden möchten. Nach kurzer Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: Die Mitglieder-Versammlung der Lichtdrucker Berlins beschließt: 1. der bestehende Tarif für Deutschlands Lichtdrucker soll zum 31. Dezember 1909 gekündigt, und gleichzeitig Verbesserungsanträge zur Beratung eines neuen Tarifes eingereicht werden. 2. Ein neuer Tarif kann nur abgeschlossen werden, wenn Garantien vorhanden sind, daß die Geschäfte desselben unparteiisch und den Tarifvereinbarungen entsprechend auch schnell erledigt werden. 3. Zur näheren Besprechung unserer Berufsfrage und der eingelaufenen Anträge zum Tarif erklären sich die Lichtdrucker Berlins mit dem Vorschlage der Kreisvertreter und der Zentralkommission betreffend Einberufung einer Lichtdrucker-Konferenz im September 1909 einverstanden. Sodann gab Kollege Albrecht bekannt, daß die Zentralkommission sowohl wie die Verwaltung mit Absicht keine Anträge zur Tarifberatung vorgelegt haben, um zunächst die Vorschläge aus den Mitgliederkreisen zu hören. Nach lebhafter Debatte wurden nach Ablehnung verschiedener Wünsche folgende Anträge zum Beschluß erhoben: — § 1, Absatz 1: Die tägliche Arbeitszeit ist eine achtstündige. — § 2, Absatz 4: Heimarbeit ist nicht gestattet. — § 3, Absatz 2: Für Ueberstunden an Wochentagen sind 33 1/2 %, für Sonntagsarbeit 50 % Aufschlag zu zahlen. — § 6, Absatz 2: Zeile 1 und 2 ist zu streichen, dafür zu setzen: In den einzelnen Anstalten dürfen nur. — § 6, Absatz 3 ist zu streichen. Als neuer Absatz ist anzufügen: Ueberläufer können nur eingestellt werden, wenn der Zentral-Arbeitsnachweis nicht im Stande ist, Kräfte nachzuweisen. — § 8, Absatz 1: Der Tarif gilt auf die Dauer von zwei Jahren usw. Ferner ist zu beantragen, daß eine allgemeine Lohnerhöhung stattzufinden hat und zwar für Gehilfen mit einem Wochenlohn bis 35 Mk. 15 % und darüber 10 %.

Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen
Zentralarbeitsnachweis: Wilhelm Hänlein, Berlin N. 28.
Anklamerstr. 27, 1. — Telefon-Amt III. 5246.

Die Photographen-Gehilfen-Konferenz.

Am 1. und 2. August tagte in Dresden eine Konferenz von Vertretern der deutschen Photographengehilfen, die sich eines regen Interesses erfreute. Anwesend waren Vertreter aus Berlin, Breslau, Hamburg, Hannover, Elberfeld-Barmen, Dresden, Leipzig, Stuttgart und München. Jeder Delegierte vertrat nicht nur die Gehilfenschaft seines Wohnorts, sondern auch die des betreffenden Gaus. Nur Frankfurt a. M. und die zu diesem Wahlkreise zählenden Städte hatten leider keinen Vertreter entsandt. Außer den genannten Delegierten nahmen noch Vertreter der Zentralkommission der Photographen, des Hauptvorstandes und Ausschusses des Verbandes der Lithographen, Steindruckers usw., der Redaktion der „Gr. Pr.“ und der Berliner Printer und Printenmalers an den Verhandlungen teil. Diese bezogen sich auf folgende Punkte:

- I. Die internationale photographische Ausstellung in Dresden und ihre künstlerischen und wirtschaftlichen Werte für die Gehilfenschaft.
- II. Situationsberichte der Delegierten.
- III. Wie schützt sich die Gehilfenschaft gegen den Niedergang des Gewerbes?
- IV. Die Sonntagsruhe im photographischen Beruf.
- V. Beratung eingegangener Anträge.

Unter dem I. Punkt dieser Tagesordnung referierte zunächst Herr Redakteur Weiß, der Sekretär der Ausstellung, über deren künstlerischen Werte, worauf der Vorsitzende der Zentralkommission, Kollege Hänlein, die wirtschaftlichen Werte der Ausstellung eingehend besprach. Eine ausführliche Behandlung beider Referate an dieser Stelle dürfte sich erübrigen, da der Wert der Ausstellung in einer gesonderten Artikelfolge, von der bereits drei Teile erschienen sind, in der „Gr. Pr.“ behandelt wird. (Auch in der Behandlung der übrigen Verhandlungsgegenstände müssen wir uns heute auf das Notwendigste beschränken; wir weisen aber schon jetzt darauf hin, daß die wichtigsten, auf der Konferenz erörterten Punkte noch in besonderen Artikeln besprochen werden sollen, und daß außerdem ein ausführliches gedrucktes Protokoll erscheinen wird.) Hervorgehoben sei, daß beide Referate noch durch eine Führung der Delegierten durch die Ausstellung nach Schluß der eigentlichen Konferenz besonders illustriert worden sind.

Die unter Punkt II erstatteten Situationsberichte entrollen ein tief trauriges Bild von der Lage des Berufs. Obwohl da und dort Einzelne unter annehmbaren Verhältnissen, besonders in Bezug auf den Gehalt, arbeiten, dürfte der durchschnittliche

Monatslohn für männliche Gehilfen in den meisten Orten 100 bis 120 Mark kaum übersteigen. Wohl aber sind besonders für jüngere Gehilfen, weit niedrigere Löhne überall an der Tagesordnung. Die Bezahlung der weiblichen Arbeitskräfte ist noch viel trauriger und beträgt durchschnittlich nur ungefähr die Hälfte der Gehälter für männliche Gehilfen. Die tägliche Arbeitszeit ist nur in ganz vereinzelten Anstalten unter 9, meist aber 10, 11, ja 12 Stunden. Bezahlung der Ueberstunden kennt man nur in einzelnen Fällen; mit Zuschlag werden sie so gut wie gar nicht bezahlt. Dafür gibt es meist zu Weihnachten eine Gratifikation, für die sich der Photograph wie für jedes Geschenk noch herzlich bedanken muß, trotzdem sie meist in gar keinem Verhältnis zu dem Ertrage der geleisteten Ueberzeitarbeit für den Prinzipal steht. Das Kost- und Logiswesen steht vielerorts, die Lehrlingszucht usw. fast überall noch in höchster Blüte. Interessant war die Feststellung der meisten Berichterstatter, daß in solchen Anstalten, in denen die Gehilfen bereits den Weg zur Organisation gefunden haben, die Verhältnisse meist besser sind wie in den Geschäften mit unorganisierten Gehilfen; ebenso war aus der Berichterstattung im allgemeinen zu entnehmen, daß in den Orten, wo die Organisation schon Fortschritte gemacht hat, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen, wie in Orten und Gegenden mit einer schlecht oder gar nicht organisierten Gehilfenschaft. Schon die Berichte lieferten also den Beweis für die Notwendigkeit der Organisation.

Das wurde beim III. Punkt durch den als Referent gewonnenen Vorsitzenden des Verbandes der Lithographen, Steindruckers usw., Kollegen Sillier, besonders hervorgehoben. Die Lehren der Situationsberichte zusammenfassend wies er nach, daß die Mehrheit der Photographen wirtschaftlich viel schlechter gestellt ist wie die meisten ungelerten Arbeiter, besonders wie solche, die sich gute Organisationen geschaffen haben. Das muß für die Photographen eine Lehre sein, die sie ebenfalls zum festesten Zusammenschluss veranlassen sollte. In einer Spezialorganisation könnten aber die eigenen Interessen nicht so gewahrt und gefördert werden, als wenn sich die Organisation der Photographen an einen festgefügteten, starken Verband anlehnen kann. Das sei durch den Anschluß des Photographenverbandes an den Senefelderbund herbeigeführt, für den daher jeder Photographengehilfe gewonnen werden müsse. Je stärker die Zahl der Organisation werde, desto schneller und leichter werde auch fördernd für die Lage des Berufs gewirkt werden können. — Das Ergebnis der Diskussion war die einstimmige Annahme folgender Resolution:

Die am 1. und 2. August in Dresden tagende Photographenkonferenz erkennt den vollzogenen Anschluß an den Verband der Lithographen, Steindruckers und verw. Berufe als die glücklichste Lösung zur Besserung der Lage der Photographengehilfen an; sie beschließt daher, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln in die Agitation zur Gewinnung von Mitgliedern eintreten zu wollen. Nach eingehender Prüfung der Höhe der Beiträge für den Verband sieht die Konferenz ein, daß eine Aenderung wohl schwierig ist; sie stellt aber an die Generalversammlung den Antrag, die Einführung von Staffelbeiträgen in Erwägung zu ziehen.

Ueber den IV. Tagesordnungspunkt referierte Kollege Hänlein. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die Sonntagsruhe in einzelnen Städten ganz verschieden geregelt ist und daß auch innerhalb der meisten Städte große Verschiedenheiten in der Durchführung der Sonntagsruhe bestehen. Nach reger Diskussion wurde folgendes beschlossen:

Die Konferenz fordert von der Reichsregierung gesetzliche Maßnahmen zur Einschränkung der Sonntagsarbeit im Photographiegewerbe. Auf keinen Fall dürfen photographische Ateliers länger als von 10 bis 1 Uhr geöffnet sein. Während dieser Zeit darf nur die Beschäftigung von Personen, die zur Aufnahme nötig sind, gestattet werden. — Die Mitgliedschaften haben je nach den örtlichen Verhältnissen eine weitergehende Einschränkung anzustreben.

Zu Punkt V lagen eine Reihe von Anträgen und Anregungen für die Agitation aus verschiedenen Städten, besonders aus Dresden, vor, die meist der Zentralkommission, dem Hauptvorstand und der Redaktion zur Berücksichtigung überwiesen wurden. So sollen möglichst regelmäßige Berichte über den Stand der Bewegung den Mitgliedschaften gesandt und der Tätigkeit der Prinzipalsorganisation regelmäßige Artikel gewidmet werden. Ferner wurde die Zentralkommission mit der Aufnahme zuverlässiger Statistiken beauftragt, auf Grund deren dann die Agitation wirksam unterstützt werden kann. Mit der österreichischen Photographenorganisation soll ein Gegenseitigkeitsvertrag angebahnt werden. Bemerkenswert ist noch, daß schon im Anschluß an die Situationsberichte auch die Frage der Printenmalerei mit behandelt und folgender Antrag einstimmig angenommen wurde:

Die Photographengehilfenkonferenz erklärt, daß die Gehilfenschaft in der Herstellung von Printen keine zu bekämpfende Konkurrenz erblickt. Sie sieht in der Organisation der Printer und Printenmalers im Verband der Lithographen und Steindruckers das beste Mittel, die Schmutzkonzurrenz, die den Photographen durch die sogenannten Gratisvergrößerungen erwächst, zu beseitigen. Diese Schmutz-

konzurrenz ist nur möglich durch die ärgste Ausbeutung der Angestellten, die nur beseitigt werden kann durch eine starke Gewerkschaft. Die Konferenz erklärt sich mit den Printern und Printenmalern solidarisch und beschließt, deren Organisation nach Kräften zu fördern.

Alles in Allem hat die Konferenz zweifellos ungemein befruchtend für Agitation unter den Photographen gewirkt. Wenn die Gedanken, die auf ihr zum Ausdruck kamen, hinausgetragen werden in die Massen der Berufsangehörigen, dann wird die Organisation wachsen und gedeihen. Das wird aber der Anfang vom Ende der zur Zeit noch bestehenden unwürdigen und schmachvollen Berufsverhältnisse sein!

Aus den Sektionen.

Berlin. In unserer Versammlung vom 18. Juli hielt nach der Wahl des Delegierten für die Konferenz in Dresden der Genosse Ed. Bernstein einen Vortrag über: Die kulturelle und ökonomische Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung. Er führte etwa folgendes aus: Auf die Frage „was ist Kultur?“ wird man in den seltensten Fällen eine treffende Antwort erhalten. Die einfachste Beantwortung wäre wohl: Kultur ist das Produkt einer mehrtausendjährigen menschlichen Arbeit. Der Unterschied zwischen Mensch und Tier besteht in der Arbeit, d. h. in der planmäßigen Unterwerfung des Stoffes unter die Zwecke des Menschen. Das Tier läßt die Natur, wie sie ist; der Mensch dagegen unterjocht die Natur, er befreit sich vom Zwange der Naturgewalten, erlangt eine große Kenntnis der Naturgesetze, infolge seiner Arbeit vermehrt er die Daseinsmöglichkeiten. Die Genüsse aller Kultur beruhen auf Arbeit. Redner streifte sodann kurz die Entwicklung der Arbeit und der Produktion, um bei ihrem neuesten Vertreter, dem Kapitalismus, wieder ausführlicher einzusetzen. Es läßt sich nicht abstreiten, daß der Kapitalismus ein ungeheurer Kulturfaktor ist, und zwar hauptsächlich auf der Grundlage der freien Konkurrenz. Unter ihm hat sich die Produktion zu nie geahnter Höhe entwickelt, und keine Zeit hat eine so große Zahl von Erfindungen und technischen Errungenschaften zu verzeichnen, als das Zeitalter des Kapitalismus. Diesen Vorzügen stehen jedoch große Schattenseiten gegenüber: Die Menschheit wurde in seinen Diensten gezwungen. Die Arbeit bringt ungeheure Massen von Produkten hervor, so viel, daß alle daran genug haben könnten. Trotzdem zieht nur eine kleine Schar Auserwählter aus den Errungenschaften der Arbeit Profit, während die große Masse, und zwar die Arbeiter selbst, nur ganz geringen Anteil an ihrer eigenen Arbeit haben. Trotz der großen Produktivität der Arbeit erhebt sich das Volk doch sehr langsam aus seiner Not. Der Kapitalismus führt zur Proletarisierung immer größerer Volksmassen. Er schafft immer neue Abhängigkeitsverhältnisse. Um dieser Abhängigkeit entgegen zu arbeiten, ist die moderne Arbeiterbewegung, sind die Gewerkschaften entstanden. Sie haben die Massen aufgerüttelt, sie haben in der Arbeiterschaft das Bedürfnis und den Hunger nach Kultur geweckt und sie haben auch die Möglichkeit der Durchführung ihrer Forderungen bewiesen. Zunächst auf die Lohnfrage übt die Gewerkschaft einen wohlthätigen Einfluß aus. Die Löhnhöhe ist keine Sache bloßer Willkür mehr. Namentlich in schlechten Zeiten hat sich die Gewerkschaft als gutes Bollwerk gegen Lohnrückere erwiesen und den Gewerkschaften ist es zu danken, daß die Löhne der Arbeiterschaft sich in aufsteigender Linie bewegen. Hand in Hand mit der Erringung besserer Lohnbedingungen geht der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit. Der Arbeiter muß neben seiner Berufsarbeit noch Zeit, aber auch noch Kräfte und Sinn haben für Kulturbestrebungen. Im Jahre 1906 haben die freien Gewerkschaften 48 Millionen Stunden freie Zeit oder pro Kopf 151 Stunden erkmüpft. Ein bereitetes Zeugnis ihrer Kraft! Den größten Einfluß übt die Gewerkschaft aber auf das Arbeitsverhältnis aus, auf das Recht des Arbeiters. Ueberall, wo die Organisation festen Fuß faßt, verschafft sie dem Willen der Arbeiter Geltung, mildert sie ihre Abhängigkeit, macht sie zu einem mitbestimmenden Faktor. Der Zwang, den die Gewerkschaft ausübt, und dem sich die Mitglieder freiwillig unterordnen, ist ein heilsamer; er ist für den Arbeiter die einzige Möglichkeit, sich und seiner Klasse Unabhängigkeit und Freiheit zu erobern. — Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Berlin. Die Printer und Printenmalers waren am 22. Juli in einer öffentlichen Versammlung wieder zusammen gekommen, um zu hören, wo sie sich am ehesten organisieren müssen, wenn sie ihre traurigen Berufsverhältnisse verbessern wollen. In einer früheren Versammlung war, wie schon berichtet wurde, eine Kommission gewählt worden, die nach Beratungen mit den in Frage kommenden Organisationen sich entscheiden sollte, wo der Anschluß zu suchen sei. Man hatte sich für den Verband der Lithographen und Steindruckers entschieden, wo ja sowohl die engeren Berufskollegen der Printer, die Photographen, als auch die Lithographen, von denen so mancher Printenzeichner geworden ist, schon organisiert sind. Die Schilderung von Mißständen, die nach einem Referate des Vorsitzenden der Zentralkommission der Photographen über die wirtschaftliche Lage der Printenzeichner erfolgte, zeigte das übliche Bild, daß über-

all da zu sehen ist, wo eine Berufssparte keine Organisation besitzt. Der Entschluß, dem Verbands der Lithographen und Steindruckler sich anzuschließen, fand auch, von einigen nebensächlichen besonderen Wünschen abgesehen, freudige Zustimmung. Trotzdem gestaltete sich die Versammlung teilweise recht stürmisch. Einmal kam es sogar soweit, daß sich die anwesenden Printer zu Sonderberatungen zurückzogen. Erfreulicherweise legte sich aber der Sturm bald wieder. Die Mißverständnisse, wie sie bei derartigen ersten Zusammenkünften unvermeidlich sind, wurden aufgeklärt, und dann verhandelten auch die Printer weiter mit. Ein Antrag wurde angenommen, einen vorläufigen Vorstand zu wählen, dem drei Printer und Printenmaler angehören sollen; die Leitung hat der Zentralvorsitzende der Photographen, Kollege Hänlein übernommen. Es bleibt nur zu hoffen, daß die ersten gut gelungenen Organisationserfolge zu dauernden werden, dann werden sicher auch die Arbeitsverhältnisse in dieser Branche besser werden.

Die Tapetenbranche.
Teil für die Interessen der Formstrecker, Tapeten-, Linoleum-, Wachs- und Zeug- und Seidendrucker.
Arbeitsnachweisleiter: C. Schubart, Berlin N. 20, Budistrafte 26.

Aus den Sektionen.

Hannover. Nach geraumer Zeit fand am 24. Juli wieder eine Sektionsversammlung statt, die sich mit Berufsfragen und der Gestaltung unserer Sektion beschäftigte. Zunächst wurde Klage geführt, daß man seit dem Uebertritt von unserer Zentralkommission noch nichts gehört hat, so daß man bis heute noch nicht weiß, wieviel Kollegen jetzt überhaupt organisiert sind. Man weiß nicht recht, ob wir noch eine Leitung haben oder ob sich die Kollegen selbst überlassen sind. Dieses scheint hier Platz zu greifen, und daher wurde die Meinung laut, daß man dem Verband mehr der Unterstützung halber angehört und den Kampfescharakter in den Hintergrund stellt. So kam es denn auch, daß in der vergangenen Saison für die Fabrik ein ziemlicher Teil Heimarbeit, in den Hausstechereien eine große Summe von Ueberstunden geleistet und andererseits eine Masse von Arbeit an die Dorfschuster verschickt wurde. Die Versammlungen des Senefelder-Bundes werden unsererseits auch nicht dementsprechend besucht, als es früher der Fall war, und zwar betrifft dieses hauptsächlich die jüngeren Kollegen, die da glauben es nicht nötig zu haben. Da hört man ja früher war es besser, da wurde man vom Laufenden unterrichtet, jetzt erfährt man nichts mehr, was unseren Beruf angeht. Die hiesige Sektion hat sich nun in dieser Versammlung zur Aufgabe gemacht, regelrechte Sektionsversammlungen abzuhalten, die jüngeren Kollegen heranzubilden, um sie für Vorträge in den Versammlungen zu interessieren, diese Zusammenkunft hat gezeigt, wie wichtig es ist, des öfteren zusammenzukommen, um Berufsfragen zu besprechen und die Kollegialität zu fördern.

Feuilleton.

Der Erfahrungskreis der Tiere.

(Nachdruck verboten)

„Erst in neuester Zeit ist man von einigen Seiten den Tieren und ihren geistigen Fähigkeiten gerecht geworden. Man sieht sie nicht mehr als nur mit Instinkt begabte Geschöpfe an, man hat ihnen eine Seele, einen Geist zugestanden, der sich von dem menschlichen Geiste nicht qualitativ, sondern nur quantitativ unterscheidet, in ähnlicher Weise, wie sich das Kind von dem durch Erfahrungen gereiften Manne unterscheidet. Freilich ist man von verschiedenen Seiten gegen diese gerechte Würdigung zu Felde gezogen, doch nur mit Worten, nicht mit Beweisen.

Das Verdienst, die Tiere nicht zu gering geachtet zu haben, ihre seelischen Fähigkeiten zu beobachten und zu würdigen, müssen wir außer der Philosophie vorzugsweise der Naturwissenschaft zuerkennen, deren Vertreter von allen Forschern auf geistigem Gebiete sich unstrittig das unerschrockenste und vorurteilsfreiste Auge bewahrt haben.

Wenn wir in diesem Aufsatz den Blick unserer Leser auf den Erfahrungskreis der Tiere lenken, so heben wir damit nur einen Teil der tierischen Seelenfähigkeiten hervor, nur eine Seite, nach der hin sie sich äußern. Sie ist nicht die am deutlichsten hervortretende, aber dennoch interessant genug, daß wir uns mit ihr beschäftigen.

Werden wir uns zuerst über den Begriff der Erfahrung selbst einig. Jede Erfahrung setzt zuerst die Vergegenwärtigung, die Erinnerung eines früheren Zustandes voraus, sodann ein Erkennen des Gegenwärtigen, ein Vergleichen mit dem früheren, und schließlich und hauptsächlich einen sich daraus ergebenden Schluß auf ein Zukünftiges. Es sind also genau genommen drei einzelne geistige Vorgänge, der des Erinnerens, des Vergleichens und des Schließens, aus deren Zusammenwirken die Erfahrung hervorgeht. Wir wollen hier die einzelnen Vorgänge als bekannt voraussetzen und vorzugsweise unseren Blick auf ihr Gesamtergebnis, auf die Erfahrung richten.

Auf eine große Schwierigkeit bei jeder Beobachtung des tierischen Seelenlebens wollen wir im voraus aufmerksam machen, auf die richtige Scheidung des Instinkts von den freien geistigen Tätigkeiten. In manchen Fällen ist dies sogar unmöglich, da das tierische Geistesleben von dem Instinkte, der ein mächtiger Faktor bei ihm ist, in vielfacher Weise so durchwachsen ist und uns für manche Beobachtungen das Verständnis der tierischen Denkwiese fehlt, daß eine durchaus scharfe entschiedene Trennung notwendig zu einzelnen Irrtümern führen müßte.

Erfahrungen und Benutzen derselben finden wir schon bei den Tieren der niedrigsten Gattungen, bei denen der Instinkt so bedeutend hervortritt, daß wir ihre meisten Handlungen aus demselben erklären müssen. Wir wollen vorzugsweise durch einzelne Beispiele aus dem Tierleben deutlich zu machen suchen, was durch eine allgemeine Weise schwer zu erreichen sein dürfte.

Die hülsenförmige Messerschneide, ein Muscheltier, gräbt sich, sobald die Ebbe eintritt, tief in den Sand ein. Die Fischer, welche sie aufsuchen gehen, holen sie aus ihren oft mehreren Fuß tiefen Löchern entweder mit langen dünnen Eisenstäben, die unten einen kleinen Haken haben, hervor, oder sie streuen ein wenig Salz in das Loch, um die Bewohnerin dadurch an die Oberfläche zu treiben. In den meisten Fällen wirkt dieses Mittel, man bemerkt eine Bewegung im Sande, und die Messerschneide steigt zur Hälfte heraus. Rasch muß sie nun der Fischer erfassen. Mißglückt dies, fährt die Verfolgte in ihr Loch zurück, so hilft alles später in das Loch geworfene Salz nichts mehr — die Messerschneide hat eine Erfahrung gemacht und bleibt in der Tiefe des Sandes.

Ähnliche Handlungsweisen der Tiere, die sich doch nur als ein Resultat einer gemachten Erfahrung ansehen lassen, finden sich bei den verschiedenartigsten Gattungen. Ein Fuchs, der einmal in einer Falle gegessen hat und aus ihr wieder glücklich entkommen ist, ist durch die gemachte Erfahrung klug geworden, nicht zum zweiten Male in die Falle zu gehen. Ebenso der Marder und einige Vogelarten. Wachteln, welche einmal der Lockpfeife gefolgt sind und dadurch ihre Freiheit verloren haben, lassen sich, wenn sie die Freiheit wieder erlangen, nie wieder durch die Pfeife verlocken. Jeder Jäger weiß, welche Erfahrungen ein ein oder mehrere Male verfolgtes Wild gemacht hat und wie es dieselben zu benutzen weiß, wieviel es dadurch vor dem jungen Wilde voraus hat.

Einen sehr interessanten Fall erzählt ein Naturforscher von einem Hummer, der eine Auster überlistete. Die Auster ist nämlich nicht nur für manche Menschen, sondern auch für die Hummern ein Leckerbissen. Ein Hummer suchte nun eine Auster mit den Scheren aus ihren halbgeöffneten Schalen herauszuziehen. Die Auster schloß jedoch jedesmal die Schalen zeitig genug. Nach mehreren mißglückten Versuchen ergriff der Hummer ein Steinchen und schob dieses schnell zwischen die vorsichtig geöffneten Schalen hinein. Die Auster war nun außer Stande, die Schalen zu schließen und wurde von dem Hummer verzehrt. Ebenso machen es übrigens die Affen mit den Austern, bei ihnen fällt es nur weniger auf, da ihre geistigen Fähigkeiten bekannt sind.

Ein anderer Forscher beobachtete eine Spinne, die eine Biene am Rücken erfaßt hatte und sie da-

durch am Fliegen verhinderte. Die stärkere Biene hatte indes die Beine noch frei und schleppte die Spinne, welche bemüht war, die Beute in ihren Hinterhalt zu zerren, mit sich fort. Das gegenseitige Ringen währte eine Zeit lang. Endlich ließ sich die Spinne mit der Biene an einem Faden herab, so daß sie frei mit ihr in der Luft schwebte. Die freien Beine der Biene schaden ihr nun nicht mehr, und sie hielt die Biene so lange schwebend, bis sie tot war.

Bekannt ist, daß Totengräber, wenn man eine kleine Tierleiche auf einen Stock spielt, den Stock untergraben, um ihn zum Umfallen zu bringen.

Man kann uns nicht erwidern, daß dies immer nur einzelne Fälle seien, die für die ganzen Geistesfähigkeiten der Tiere nichts beweisen. Die Erfahrung bleibt immer eine individuelle, die sich nie auf die ganze Gattung erstrecken kann, weil sie an einzelne Erlebnisse geknüpft ist. Auch den Tieren müssen wir zugestehen, daß einzelne vorzüglich begabte sich über die allgemeine Stufe ihrer Gattung zu erheben vermögen. Dies sehen wir am deutlichsten z. B. bei den Hunden, Pferden, Elefanten und Affen. Wer dies leugnen wollte, müßte auch leugnen, daß die seelischen Fähigkeiten der Tiere einer Ausbildung und Weiterentwicklung fähig sind, der müßte überhaupt alle diese Fähigkeiten mit dem Instinkte zusammenwerfen. Daß diese Entwicklung ihrer bestimmten Grenzen hat, über welche sie nie hinausschreiten wird, verhehlen wir uns nicht; auch der menschliche Geist hat seine Grenzen, wenn sie auch unendlich weiter gesteckt sind und wir sie nach manchen Seiten hin nicht bemerken.

Ungleich deutlicher treten die Erfahrungen bei den Tieren höherer Gattungen hervor, weil bei ihnen all die einzelnen Fähigkeiten, deren Resultat die Erfahrung ist, vollkommener entwickelt und schon größer in ihren ersten Anlagen sind.

Ein Gelehrter besaß eine Katze, mit der er Versuche unter der Luftpumpe zu machen pflegte. Sobald die Luftverdünnung indes einen Grad erreicht hatte, der ihr unangenehm wurde, hielt sie auf ihre Pote auf die kleine Oeffnung, durch welche die Luft entzogen wurde. Ähnliches ist übrigens auch bei einem Frosche beobachtet worden, mit dem man das gleiche Experiment machte.

Ein Förster besaß einen gezähmten Fuchs, der die Leidenschaft hatte, Eier zu stehlen. Um ihm die Leidenschaft abzugewöhnen, wurde ihm ein heißgekochtes Ei gegeben, an dem er sich tüchtig verbrannte. Nie rührte er wieder ein Ei an. Ähnliche Versuche kann man mit jedem Hund und jeder Katze machen, sie helfen mehr als Strafe, weil das Tier den eigenen Erfahrungen mehr traut, als es sich vor Strafe fürchtet.

Noch 100 ähnlicher Beispiele könnten wir hier anführen, wenn wir nicht befürchten müßten, dadurch zu ermüden. Man kann all diese Fälle der Klugheit der Tiere zuschreiben: was ist Klugheit jedoch anderes, als die richtige Anwendung gemachter Erfahrungen? Zwar vermag das Tier nicht, wie der Mensch, die gemachten Erfahrungen zu summieren und zu verallgemeinern. All seine Fähigkeiten bleiben an dem einzelnen Falle haften, darüber hinaus vermag es nicht zu gehen. Es kann eine gemachte Erfahrung nur in demselben, sich wiederholenden oder diesem zum mindesten sehr ähnlichen und in seinen Hauptzügen gleichen Falle anwenden. Diese Grenze kann das Tier selbst bei größtmöglicher Ausbildung seiner geistigen Fähigkeiten nie überschreiten. M. H. Baerge.

Eingänge.

Der Föhn. Eine tirolische Kunstzeitschrift. Erstes Juli-Heft. Innsbruck 1909. 32 Seiten und 4 Kunsttafeln. Bezugspreis vierteljährlich 3 Mark.

Uns interessieren an dem neuen Heft hauptsächlich die hübschen Landschaftsskizzen Toni Grubhofers, die beiden gelungenen Karikaturen von Max von Esterle und die 4 Kunsttafeln mit Reproduktionen von Gemälden Albert Plattners, den Dr. Alois Böhm im Leitartikel würdigt.

Protokoll der Konferenz für die in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Abgehalten in Frankfurt a. M. am 30. und 31. Mai 1909. Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Verlag von August Brey, Hannover. 68 Seiten 8^o. Preis 1,50 Mk.

Stellenangebote
Per sofort oder auch später suchen wir noch einige wirklich tüchtige
Maschinen-Retuscheure
in angenehme, dauernde Stellung.
Böhme & Co., G. m. b. H.,
2,10] Magdeburg.
Ia. Fräseer
zum baldigen Antritt gesucht. Lohn Mk. 35.
Huch & Co., Berlin SW.,
1,80] Lindenstraße 3.

Tüchtiger Positiv-Retuscheur
per sofort gesucht.
Offerten mit Gehaltsansprüchen an
Aug. Schuler, Chemigraph. Anstalt,
Stuttgart. [2,10
Ia. Reproduktions-Photograph,
speziell für 3- und 4-Farbendruck in
dauernde Stellung gesucht. Nur tüchtige
Kräfte wollen sich unter Angabe
ihrer Lohnansprüche und Zeugnisab-
schriften melden. [3,
Josef Müller, München,
Kunstanstalt.

Verschiedenes
K. E. W. Der Einsender
der Anfrage betr. Asphalttinktur in
No. 55 im -Allg. Anz. f. Dr. - wird ge-
beten, seine Adresse zwecks direkter
Antwort zu senden an [1,20
Richard Witte, Bern,
Berchtholdstr. 13.
Die besten Spritzapparate
für Retusche mit neuesten Verbesse-
rungen liefert [2,-
Leipziger Tangier-Manier,
Alexander Grube, Leipzig, Talstr. 4.

Fachliteratur.
Alois Senefelder und die Er-
findung der Lithographie.
Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.
Der praktische Umdrucker.
Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamt-
gebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Der Aluminiumdruck (Algraphie).
Von K. Weilandt. Preis inkl. Porto 85 Pf.
**Technischer Ratgeber für die
Fabrikation von bedruckten
Blechballagen und Plakaten.**
Von H. Bucher. Preis inkl. Porto 2,10 Mk.
Zu beziehen durch den Verlag von
Conrad Müller, Schkeuditz.